

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

## Ein lachendes Auge

*Schwerpunkt Europa*

**Coverstory:**

### **Kurswechsel längst überfällig**

Weg mit dem Neoliberalismus in der EU, das soziale Europa gehört gestärkt!

6

**Interview:**

### **Dumping in die Schranken weisen**

Oliver Röpke befürchtet, dass sich die EU ganz aus der Sozialpolitik verabschiedet.

16

**Interview:**

### **Die Gefahr kommt von innen**

Wolfgang Petritsch über die Bedeutung des Sozialstaats für den Frieden in Europa.

30



16

## Interview

Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel, über das Ringen um ein soziales Europa. Er sieht die Gefahr, dass sich die EU ganz aus der Sozialpolitik verabschiedet.



30

## Interview

Spitzendiplomat Wolfgang Petritsch über den Wohlfahrtsstaat als zentrales Element der EU, deren Entwicklung und die problematische Rolle der aktuellen österreichischen Regierung.

# Schwerpunkt

## Die 180-Grad-Wende

12

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und die Abrissbirne für Leitideen eines besseren Europas für die Menschen.

## Vorrang für soziales Europa

14

Wohlstand, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt müssen Leitmotiv Europas werden!

## Wider besseren Wissens

20

Die EU-Kommission sollte sich von eigenen Analysen statt von einer widersinnigen politischen Werthaltung leiten lassen.

## Vorprogrammierter Streit

22

Im Finanzrahmen 2021–2027 legt die EU ihre Prioritäten fest. Die Frage des sozialen Zusammenhalts wird dabei vernachlässigt.

## Business as usual trotz Skandalen

26

Wie Großkonzerne die EU-Gesetzgebung beeinflussen und welche Politik im Interesse der BürgerInnen notwendig wäre.

## Schluss mit den Tricks!

28

Höchste Zeit für gleiche Standards in der Unternehmensbesteuerung. Vielversprechende Vorschläge werden jedoch ausgebremst.

## Europa sozialer machen

34

EU-Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherung: ein konkreter Vorschlag für ein soziales Europa.

## Zittern um Anti-Dumping-Behörde

36

Der österreichische EU-Vorsitz bremst das Vorgehen gegen Lohn- und Sozialdumping, unterstützt von der Industrie.

## Der Wind weht von rechts

38

Die Sozialpolitik des Nationalismus in der EU am Beispiel der Regierungen in Belgien, Ungarn und Polen.



## Coverstory

Es gibt gute Ansätze für ein soziales Europa, sie ändern aber nur wenig an der massiven Schiefelage der Union, in die eine neoliberale Agenda eingeschrieben ist.

## Standards

<b>Historie: Keine Liebe für den Markt</b>	<b>4</b>
<b>Standpunkt: Nicht mit uns!</b>	<b>5</b>
<b>Statistiken: Die EU und ihre Institutionen</b>	<b>24</b>
<b>Frisch gebloggt</b>	<b>40</b>
<b>Nicht zuletzt – von Korinna Schumann</b>	<b>41</b>
<b>Nachbericht: 19. ÖGB-Bundeskongress</b>	<b>42</b>
<b>Man kann nicht alles wissen</b>	<b>46</b>

Erklärungen aller grün markierten Worte.

## Impressum

### Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,  
Sonja Fercher (CvD),  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.  
E-Mail: [sonja.adler@oegb.at](mailto:sonja.adler@oegb.at)  
Internet: [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

### Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Cynthia Fadenberger, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0  
E-Mail: [aboservice@oegbverlag.at](mailto:aboservice@oegbverlag.at)

### Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Sonja Adler, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Brigitte Daumen Garrido, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Heinz Leitsmüller, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Michael Mazohl, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Martin Panholzer, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Philipp Schnell, Josef Thoman, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

### Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat), Michael Mazohl (Artdirektion), Gabriela Niederführ (Grafik und Layout)

### MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Joachim Becker, Dominik Bernhofer, Sarah Bruckner, Adi Buxbaum, Astrid Fadler, Monika Feigl-Heihs, Frank Ey, Florian Kräftner, Michael Mazohl, Amela Muratovic, Brigitte Pellar, Christian Resei, Oliver Röpke, Alexandra Rotter, Erik Türk, Valentin Wedl

### Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

### Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [zeitschriften@oegbverlag.at](mailto:zeitschriften@oegbverlag.at)  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

### Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;  
Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;  
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
E-Mail: [aboservice@oegbverlag.at](mailto:aboservice@oegbverlag.at)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:  
[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

# „In einen Markt verliebst du dich nicht“

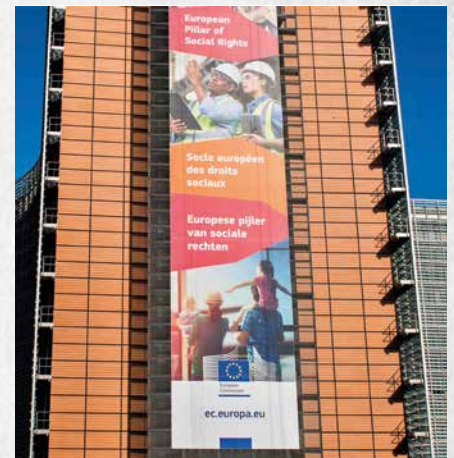
*Die VorkämpferInnen eines vereinten Europas wussten, dass die Einigung nur in einem sozialen Europa gelingen kann.*

Schon bei den ersten Plänen zur Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg forderte die Gewerkschaftsbewegung, dass dabei die Förderung des Sozialstaats eine ebenso große Rolle spielen müsse wie rein wirtschaftliche Überlegungen. Dazu kam es nicht. Die Integration beschränkte sich vorerst auf die Schaffung einer gemeinsamen Marktwirtschaft – Sozial- und Verteilungspolitik sollten Sache der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben.

Aber noch bis zum Ende der 1970er-Jahre herrschte die allgemeine Überzeugung, dass soziale Rechte auch auf einem freien Markt schützenswert seien. Als **Jacques Delors**, der Präsident der Europäischen Kommission, in den 1980er-Jahren die Vereinigung der europäischen Staaten zur Union vorantrieb, kämpfte er für das Beibehalten dieses Prinzips. Ein freier Markt allein, davon war Delors überzeugt, sei zu wenig, um das europäische Friedensprojekt abzusichern, denn *You don't fall in love with a market* – in einen Markt verliebst du dich nicht, selbst wenn er Vorteile wie die Reisefreiheit oder eine gemeinsame Währung bringt. Doch gegen die zunehmend vorherrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie hatte die „soziale Dimension“ vorerst wenig Chancen, das musste auch Delors erkennen. Trotzdem hoffte er auf ein Umdenken und hielt sogar funktionierende europäische Tarifverträge für nicht ausgeschlossen, wie er in einem Referat bei einer Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1994 feststellte:

*... wie können die aufgezeigten Fehlentwicklungen korrigiert werden? Zunächst besteht keinerlei Anlass, auf das zu verzichten, worauf wir weiterhin stolz sein können und wofür wir eintreten werden: das europäische Gesellschaftsmodell. ... Der Rückgriff auf die altvertrauten Rezepte wie Rückzug auf den Protektionismus, drastische Senkung der Einkommen oder Herabsetzen der Normen bei der sozialen Sicherung würde in jedem Falle in eine gefährliche Sackgasse führen. Untätigkeit aber würde das Aus bedeuten. Wir müssen also die defensive Haltung aufgeben und die sozialen Errungenschaften an den gesellschaftlichen Wandel anpassen, anstatt sie aufzugeben. Für diese Anpassungen müssen Solidarität und Verantwortung auf den verschiedensten Ebenen zum Tragen kommen, wobei in beiden Fällen vorrangig die Sozialpartner die auslösenden Kräfte sein sollten.*

*Trotz aller Schwierigkeiten wollen wir die soziale Dimension in ganz Europa stärken. Sie wissen, dass ich mich seit 1985 dafür eingesetzt habe und das auch weiterhin tun werde. ... Wir haben einen brauchbaren Rahmen geschaffen. Jetzt liegt es an uns, ihn auszufüllen, damit wir eines Tages zu europäischen Tarifverträgen gelangen. Wir können aber nur dann Erfolg haben, wenn wir die Werte und Grundsätze, die unsere Identität ausmachen,*



© EC – Audiovisual Service/ Photo: Mauro Bottaro

ESSR-Banner am Gebäude der EU-Kommission in Brüssel.

Das Banner am Gebäude der EU-Kommission in Brüssel verweist auf das 2017 von der EU-Kommission erstmals wieder proklamierte Ziel einer „Europäischen Säule sozialer Rechte“. Ob es ohne Änderung der neoliberalen Politikideologie der EU erreichbar ist, bezweifeln viele.

*bestätigen. Vor allem müssen wir klarstellen, dass es keinen sozialen Fortschritt ohne wirtschaftliche Entwicklung gibt, dass aber umgekehrt auch keine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung möglich ist, wenn die soziale Dimension vernachlässigt wird. Dies gilt für das Unternehmen, für den einzelnen Staat, jedoch auch für Europa.*

Ausgewählt und kommentiert von  
Brigitte Pellar  
[brigitte.pellar@aon.at](mailto:brigitte.pellar@aon.at)





**Sonja Fercher**

Chefin vom Dienst  
Arbeit&Wirtschaft

# Nicht mit uns!

## Standpunkt

Es ist zweifellos verführerisch, sich über den Hang von US-Präsident Donald Trump lustig zu machen, die Realitäten zu ver- bzw. entrücken. Weniger amüsant ist es freilich, vor der eigenen Haustür zu kehren. Dabei haben auch europäische PolitikerInnen vergleichbare Eigenschaften entwickelt. So wird der Eindruck erweckt, Europa sei mit einer ähnlich großen Flüchtlingswelle konfrontiert wie vor drei Jahren.

Nun könnte man sich auf diese Diskussion einlassen und anführen, wo dieser Populismus jene Ansprüche und Werte mit Füßen tritt, die Europa ausmachen. Ablenken lassen wir uns aber nicht, denn virulente Themen wie Armut, Arbeitslosigkeit oder die weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich dürfen nicht unter den Tisch fallen – ganz im Gegenteil. Der Kampf für ein soziales Europa mag schwer sein, doch er ist wichtiger denn je.

### Mehr soziale Risse

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Das beschreibt wohl am besten, wie Arbeiterkammer und Gewerkschaften Europa wahrnehmen. Denn die EU ist zweifellos eine wichtige Errungenschaft und hat viel Positives gebracht: 70 Jahre Frieden, eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Ausgleich. Letzterer aber hat starke Risse bekommen – und die Europäische Union ist nicht im

Stand, dies auszugleichen. Verantwortlich dafür ist die grundlegende marktliberale Ausrichtung der Union.

In diese Logik passen leider auch die aktuellen Entwicklungen – in Österreich wie in der EU. Es ist kein Zufall, dass das soziale Europa kaum mehr Thema ist. Vielmehr passt es zur ideologischen Ausrichtung vieler Regierungen in Europa, nicht zuletzt der österreichischen.

Das neoliberale Programm ist höchst problematisch. Es geht von der Vorstellung aus, dass der Mensch alles schaffen kann – und wer es nicht schafft, ist selbst schuld. Das ist nicht nur kurzfristig, es ignoriert auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten, die von unterschiedlichen Ungleichheiten geprägt sind. Schlimmer noch, denn manche Ungleichheiten etwa im Bildungssystem sind festgefahren – zulasten der zukünftigen Generationen. Andere Ungleichheiten wiederum nehmen sogar noch zu, Stichwort weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich.

Hier muss endlich ein Ausgleich geschaffen werden, sei es über ein gutes Bildungssystem, die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und vor allem über die längst fällige Wiedereinführung von Erbschaftssteuern. Auf EU-Ebene muss Lohn- und Sozialdumping – im Klartext: die Ausbeutung von Menschen – energisch bekämpft werden. Gleiches gilt für Steuerflucht, die den Staaten der Europäischen Union enorme Summen kostet. All das würde voraussetzen, dass

man eine Vision davon hat, wie die Gesellschaft besser werden könnte. Davon ist aber bei der österreichischen Regierung nichts zu merken. Neben einer Vision braucht es auch den Willen, schwierige oder unangenehme Themen anzugehen – im Sinne der Menschen. Momentan scheint es aber vor allem um eines zu gehen: die Macht und wie diese gesichert werden kann. Ja, die österreichische Regierung schreckt nicht einmal davor zurück, als EU-Vorsitzland die eigene populistische Agenda auch Europa aufs Auge zu drücken.

### Sozial statt neoliberal

Gewerkschaften und AK mögen allein nicht in der Lage sein, den längst überfälligen Kurswechsel der EU zu erreichen. Davon beeindruckt lassen sie sich aber nicht – und vor allem werden sie nicht aufhören, die Probleme vor der österreichischen und europäischen Haustür und im Hause Europa anzuprangern. Am schlimmsten finde ich persönlich, wie fahrlässig die Regierung unter Sebastian Kurz das Projekt der Europäischen Union selbst aufs Spiel setzt. Klar, viele Versprechungen kann die EU nicht einhalten, vielmehr hat sie eine äußerst problematische Richtung genommen. Und doch gibt es zu einer weiteren europäischen Integration keine sinnvolle Alternative. Die Frage ist nur, wie sie gestaltet ist: neoliberal oder sozial?

# Kurswechsel längst überfällig!

*In der EU gibt es viele Ansätze zu einem sozialen Europa, nicht zuletzt gehen so manche Fortschritte auf Impulse aus Brüssel zurück. Das ändert allerdings nur wenig an der massiven Schiefelage der Union, in die eine neoliberale Agenda eingeschrieben ist. Es bleibt also genug zu tun – nicht nur für GewerkschafterInnen, denn auch die BürgerInnen haben durchaus ein Wörtchen mitzureden.*

Text: Sonja Fercher | Fotos: Michael Mazohl

**D**as soziale Europa ist doch nur ein Wunschtraum von realitätsfremden Linken. Die EU ist ja nur für die Großen da, die es sich richten können. Eindrücke wie diese haben wohl viele Menschen, und sie sind auch nicht völlig von der Hand zu weisen. Schon gar nicht, wenn man sich die vielen Enthüllungen vergegenwärtigt, die à la Lux-Leaks, Panama Papers und Co in letzter Zeit zwar Schlagzeilen gemacht haben, aus denen man aber keine ernstzunehmenden Konsequenzen zu ziehen scheint. Gleiches gilt für den Umgang der Regierenden in Europa mit der Krise, den nicht zuletzt Arbeiterkammer und Gewerkschaften vehement kritisieren.

Doch hat das eine mit dem anderen überhaupt etwas zu tun? Und wenn ja, was hat das mit der Idee des sozialen Europas zu tun? Und vor allem: Hat man als einfache/r BürgerIn dabei etwas mitzureden? Petra Völkerer, zukünftige Leiterin des AK-Büros in Brüssel, hat ein

Beispiel in petto, das zeigt, dass einzelne Menschen sehr wohl etwas bewirken können – und dass auch die EU etwas bringt. Es geht dabei um die geplante EU-Arbeitsbehörde, die Arbeitgebern auf die Finger schauen soll. Als Vorbild dient die Europäische Bankenaufsicht: „In seiner Rede zur Lage der Union hat Jean-Claude Juncker letztes Jahr gesagt, er findet das eigentlich seltsam, dass es das für Banken gibt, aber für ArbeitnehmerInnen und deren Schutz nicht“, erzählt Völkerer die Vorgeschichte.

Der Kommissionspräsident kündigte daraufhin die Schaffung der Behörde an. Eine ihrer Aufgaben ist die Koordination von grenzüberschreitenden Kontrollen: „Genau davon ist Österreich extrem betroffen, wenn man zum Beispiel ins Burgenland schaut“, so Völkerer. Auch verweist sie auf Schilderungen von Gewerkschafter Beppo Muchitsch betreffend ausländische Firmen, die in Österreich tätig sind und hier ge-



gen Regeln verstoßen: „Da wird zwar gestraft, aber die fahren heim und lachen sich ins Fäustchen, weil das in Ungarn niemand vollstrecken würde.“

Der springende Punkt ist daher, ob diese Agentur ein zahnloser Papiertiger oder aber ein sinnvolles Instrument wird, das auch Sanktionen verhängen kann – und ob diese auch tatsächlich vollstreckt werden. „Wir haben letzten Dezember eine Kampagne gemacht mit der Forderung, diese Agentur mit möglichst viel Pouvoir auszustatten“, erzählt die AK-Expertin. „Da haben wirklich viele Menschen mitgemacht und es haben sich Teile dessen wiedergefunden in den Begleitdokumenten zur Verordnung. Das hat uns sehr gefreut, weil da sieht man auch: Wenn alle zusammen tun und die nationalen Gewerkschaften mithelfen und viele Leute unterschreiben bei einer solchen Kampagne, dann kann das die Kommission nicht ignorieren.“ Mehr noch: „Dass sie darauf reagiert und Dinge aufnimmt“, so die AK-Expertin. „Ich finde, das ist ein positives Beispiel. Das muss halt jetzt noch zum Leben erweckt werden, aber das heißt einfach: weitermachen, langen Atem haben und sich da nicht unterbuttern lassen.“

### EU-Kritik, nicht Ablehnung

Begleitdokumente zu Verordnungen, Richtlinien, Behörden: Die Sprache der EU ist freilich nicht immer attraktiv, was sicherlich eine Ursache dafür ist, dass vielen Menschen Europa fremd erscheint. Auch üben Arbeiterkammer und Gewerkschaften genügend Kritik an der EU, die sicherlich auch zum negativen Bild beiträgt, auch wenn das so keineswegs beabsichtigt ist. AK-Expertin Völkerer zieht dazu einen Vergleich: „Das ist so wie bei den GlobalisierungskritikerInnen, denen unterstellt wurde, gegen die Globalisierung an sich zu sein. Darum ging es aber nie, sondern nur um die Globalisierung, wie sie jetzt gestaltet wird.“ Gleiches gilt für die EU, aber auch für das soziale Europa: so schwach ausgeprägt es ist – völlig inexistent ist es keineswegs. Evelyn Regner, die auf einem Gewerkschaftsticket für die SPÖ im Europäischen Parlament sitzt, fallen gleich

mehrere Beispiele ein, eins davon betrifft LeiharbeiterInnen: „Das war ja eine große Geschichte, dass sie nicht mehr ausgebeutet werden dürfen, sondern grundsätzlich gleichgestellt sind“, erinnert sich die EU-Parlamentarierin. „Das hat zu großartigen Veränderungen zugunsten der Menschen geführt, und zwar auch derjenigen, die keine LeiharbeiterInnen sind. Weil man übt ja immer über die Schwächeren Druck auf die anderen aus.“

### Positive Impulsgeberin

Oft genug ist die EU auch Impulsgeberin für Veränderungen in den Mitgliedstaaten. In Österreich etwa ist in Sachen Gleichstellung erst dann so richtig etwas weitergegangen, als es durch EU-Richtlinien dazu verpflichtet war. Gleiches gilt für die Kinderbetreuung, insbesondere jene von Kindern unter drei Jahren. „Da ist ja in Österreich nur deshalb was vorgegangen, weil es die Barcelona-Ziele gegeben hat, weil wir unter Druck standen“, hält Regner fest, und sie ergänzt: „Da ist sehr vieles an Substanz da, die wir der europäischen Zusammenarbeit verdanken. Europa sind also nicht die anderen, sondern es besteht darin, dass wir alle zusammen daran arbeiten, dass es besser wird.“

Einer der aktuellen Punkte auf der Tagesordnung in Brüssel: die Work-Life-Balance. „Alle reden immer davon, dass sie bald im Burn-out sind, deshalb müssen wir uns dringend etwas einfallen lassen, dass man alles halbwegs unter einen Hut bringt: dass man Kinder oder Familie hat, sich ehrenamtlich engagiert, arbeitet und dabei auch halbwegs verdient, ohne rund um die Uhr arbeiten zu müssen, während andere arbeitslos sind“, so Regner. „Da sind gewisse Mindeststandards für Papamonat, Karenzzeit und auch für die Pflgetage drinnen, die durchaus über das hinausgehen, was es in Österreich gibt.“

AK-Expertin Völkerer verweist auf eine Verbesserung beim sogenannten Europäischen Semester. Dieses ist an sich eine der Konsequenzen, die man aus der Krise gezogen hat. Es bedeutet, dass die Mitgliedstaaten ihre Budget- und Wirtschaftspolitik an bestimmten Zielen und Regeln ausrichten müssen. Bei aller

Kritik, die auch die AK an diesem Mechanismus übt, hält Völkerer eine Verbesserung fest: „Seit letztem Jahr werden nicht nur die makroökonomischen Daten abgeklopft, sondern es wird auch geschaut, wie die Staaten die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzen.“

Bei all den positiven Punkten haben aber sowohl AK-Expertin Völkerer als auch EU-Abgeordnete Regner jede Menge Kritik an der EU übrig. Die größte Hürde auf dem Weg zu einem sozialen Europa sei im Moment gar nicht so sehr die EU-Kommission, die von AK und Gewerkschaften immer wieder für ihre neoliberale Agenda kritisiert wird. Vielmehr seien es die Länder und damit der EU-Rat, so Völkerer. Zugleich verweist sie auf die grundsätzliche Kritik an der EU-Politik, die ihr Kollege Nikolai Soukup immer wieder äußert und der sie sich vollinhaltlich anschließt.

### Grundlegendes Ungleichgewicht

Der AK-Experte beschäftigt sich in der Wiener Arbeiterkammer mit dem Thema EU. Er sieht zwar auch mehrere positive Entwicklungen, diese können ein grundlegendes Ungleichgewicht aber nicht ausgleichen. „Die Herausforderung besteht darin, sich nicht in den Details der einzelnen Rechtsakte zu verlieren, sondern zu schauen, was eigentlich die grundsätzliche Ausrichtung der EU ist“, so Soukup. „Hier kommt man zu einem sehr ernüchternden und enttäuschenden Bild, das man als massive soziale Schiefelage beschreiben kann.“ Deutlich gemerkt habe man dies bei der EU-Krisenpolitik. Ansätze für diese Schiefelage seien zwar schon vorher in die EU eingeschrieben worden, die Krisenpolitik hat diese aber noch zusätzlich verschärft. „Das Binnenmarkt-Projekt und die Währungsunion waren stark an marktliberalen Prinzipien ausgerichtet, während die sozialen Abfederungsmechanismen eher schwach ausgeprägt waren“, bemerkt der AK-Experte. „Vor allem konnten die sozialen Rechtsakte nicht ausgleichen, was der Druck der neoliberalen Integration der EU angeordnet hat.“

Soukup blickt dafür zurück in die Geschichte der Europäischen Union,



Die EU ist auf dem sozialen Auge allzu blind. Ob Binnenmarkt, Währungsunion oder Krisenpolitik: Die neoliberale Agenda ist überall deutlich zu sehen. Die Konsequenzen bekommen die Menschen zu spüren. Es ist allerhöchste Zeit, das soziale Europa wieder ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.





genauer gesagt zum Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992. Damals wurde die EU im eigentlichen Sinn erst gegründet, davor sprach man von den Europäischen Gemeinschaften. Eine der wesentlichen Weiterentwicklungen war die Wirtschafts- und Währungsunion. Um auch Deutschland mit an Bord zu holen, vereinbarte man die damals vielzitierte Budgetdefizitgrenze von drei Prozent. „Das heißt, man hat von Beginn an schon eine Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen, die auf eine restriktive Budgetpolitik ausgerichtet war“, so der AK-Experte.

### Paradoxien

Dazu kommt eine gewisse Paradoxie: „In den 1980er-Jahren wurden die Weichen für eine neoliberale Integration gestellt, mit dem Binnenmarktprogramm und später mit der Wirtschafts- und Währungsunion, wo es sehr stark um eine Marktliberalisierung gegangen ist und Handlungsspielräume der Staaten eingeschränkt wurden.“ In diese Zeit fällt aber auch die Amtszeit von Jacques Delors als EU-Kommissionspräsident.

Der französische Sozialist engagierte sich dafür, nicht nur die vielzitierte Harmonisierung des Marktes voranzutreiben, sondern auch soziale Harmonisierungsschritte zu setzen.

### Missbrauch von Sozialpolitik

„Im Sozialbereich sind laufend Kompetenzen erweitert worden. Sie sind aber vergleichsweise wenig genutzt worden“, so Soukup. Aber nicht nur das. Zusätzlich sind oftmals die Ziele von Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik in den letzten Jahrzehnten uminterpretiert worden: „Arbeitsmarktpolitik wurde in die Richtung umgedeutet, dass sie dazu dienen soll, die Arbeitsmärkte wettbewerbsfähig zu machen.“

Dazu gehören einerseits Deregulierungen der Arbeitsmärkte, andererseits hinterließ die sogenannte Budgetkonsolidierung ihre Spuren, sprich Sozialleistungen wurden gekürzt – was mit Vorgaben aus Brüssel legitimiert wurde. Dass die Mitgliedstaaten dabei ein Wörtchen mitzureden hatten, ließ man fürs innenpolitische Publikum nur allzu gerne unter den Tisch fallen.

Verändert hat sich nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form. „Auf der inhaltlichen Ebene wurden Elemente der Marktkorrektur reduziert und Elemente der Markteffizienz gestärkt“, so der AK-Experte. „Auf Ebene der Form sind EU-Richtlinien im Sinne von Mindeststandards immer weniger geworden. Stattdessen setzt man auf rechtlich unverbindliche Methoden.“ Letzteres bringt auch EU-Parlamentarierin Evelyn Regner in Rage, und sie zieht Parallelen zu Österreich. Denn hierzulande hat die Regierung erst kürzlich die Regeln im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping aufgeweicht, für die sich unter anderem Regner im EU-Parlament eingesetzt hatte. „Es ist wirklich ein Hohn, eine echte Ohrfeige und ein schlechter Witz, wenn man sich bemüht, solche Regeln zu bekommen, und dann hat man eine Regierung, die die Regeln so anwendet, dass es reicht, für einen illegal Beschäftigten Strafe zu zahlen, auch wenn man mehrere erwischt – und die meint, es sei besser zu verwarnen, als zu bestrafen.“ Sie sieht darin geradezu eine Einladung für jene, die „Gesetze nicht achten wollen und Leute ausbeuten. Das ist wirk-





lich eine Ohrfeige für GewerkschafterInnen und für all jene, die sich ans Recht halten wollen“, macht Regner ihrem Ärger Luft.

So manche wichtigen Regelungen werden also von den Mitgliedstaaten verwässert. Bei einigen Themen wiederum hat nur die EU genug Gewicht, um überhaupt etwas bewirken zu können, wie Regner betont. „Die ganz Großen, also Google, Amazon und Co, zahlen ja quasi keine Steuern. Wie kann man die erwischen, und zwar wirklich erwischen? Das kann man in Europa nur über die Kommission, die über die Wettbewerbsprüfung ja wirklich auch Instrumente in der Hand hat, um ganz empfindliche Strafen – nämlich in Milliardenhöhe – zu verhängen. Und das tut sie auch“, hält die EU-Parlamentarierin fest. „Allein dieser Bereich ist eine solche Legitimation für eine Stärkung der EU-Institutionen, dass ich mir denke, dass es sich allein dafür auszahlt, wählen zu gehen und das einzufordern – abgesehen von allen anderen Gründen, die dafürsprechen.“

Zurück zum sozialen Europa, dem Kommissionspräsident Juncker wieder

Leben einzuhauchen versprach. AK-Experte Soukup hält diese Initiativen für viel zu wenig weitreichend, vor allem vermutet er eine andere Motivation hinter den Bemühungen, als jene, die soziale Schieflage effektiv anzugehen: „Die Kommission verspürt einen gewissen Druck, dass die EU doch auch ein soziales Gesicht haben soll.“ Denn dass die EU in einer Vertrauenskrise ist, hat sich freilich auch in Brüssel herumgesprochen. Entsprechende Initiativen in diese Richtung seien aber mit Vorsicht zu genießen, so der AK-Experte. „Die Europäische Säule sozialer Rechte ist eine Liste rechtlich unverbindlicher Prinzipien. Diese klingen zwar schön, nur entfalten sie an sich noch keine rechtliche Wirkung“, mahnt Soukup.

### Priorität für sozialen Fortschritt

Vor allem aber signalisieren sie nicht jenen Kurswechsel, der in den Augen aller drei InterviewpartnerInnen längst überfällig ist. Soukup beschreibt die Richtung, in die es gehen sollte, folgendermaßen: „Es ist ein Bild des sozialen Fortschritts, der bedeutet, die gegenwärtigen Formen der Ausbeutung und Ungleichheit zu bekämpfen und für gute Lebensbedingungen hier und jetzt einzutreten, und Strukturen zu schaffen, die das in Zukunft ermöglichen.“ Dies heißt seiner Ansicht nach, „letzten Endes auch Machtfragen zu stellen und die Machtdominanz des Kapitals über die Arbeit umzukehren.“

Hier sind nicht nur Gewerkschaften und andere progressive Kräfte gefordert. Letztlich ist dies nämlich auch ein Auftrag an jeden Bürger und jede Bürgerin, immerhin bestimmen sie erstens mit ihrer Stimme bei den Parlamentswahlen in den jeweiligen Mitgliedstaaten die Zukunft der EU mit. Und zweitens können alle europäischen WählerInnen kommendes Jahr bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ihre Stimme abgeben.

Für die drei InterviewpartnerInnen jedenfalls bleibt weiterhin genug zu tun. Denn so gut Österreich im EU-Vergleich dasteht: innerhalb der Europäischen Union gibt es weiterhin riesige Unterschiede im Wohlstandsniveau und was die Rechte und den

Schutz von ArbeitnehmerInnen betrifft. Nicht vergessen werden darf die Ungleichheit, die auf vielen Ebenen zunimmt und die populistische PolitikerInnen momentan lieber unter den Tisch fallen lassen.

Der Brüsseler AK-Expertin Petra Völkerer ist es wichtig, zum Schluss noch über einen größeren Tellerrand zu blicken, als es die EU selbst ist. Denn auf internationaler Ebene spielt die Union eine maßgebliche Rolle. Auch wenn andere Akteure an Bedeutung gewinnen: Die EU ist der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt und kann entsprechend Einfluss ausüben, wie AK-Expertin Völkerer betont. „Ein soziales Europa kann nur gelingen, wenn wir uns auch für menschenwürdige Arbeitsbedingungen außerhalb Europas und faire Wertschöpfungsketten einsetzen. Mittlerweile wird bei jedem Handelsabkommen ein Nachhaltigkeitskapitel mitverhandelt, in dem auch ArbeitnehmerInnenrechte verankert sind“, so Völkerer.

### Über den Tellerrand hinaus

So positiv dies ist, gilt erneut: Es gibt keine Sanktionen. Nichtsdestotrotz misst die AK-Expertin diesen Handelsabkommen eine sehr große Bedeutung bei, schließlich betrifft das, was dort vereinbart wird, auch die Menschen in den Mitgliedsländern: „Wenn es den ArbeitnehmerInnen außerhalb Europas sehr schlecht geht, dann wird es immer schwieriger werden, das soziale Schutzniveau in Österreich oder Europa aufrecht zu erhalten. Und es ist auch ein Indikator dafür, wie wichtig der Europäischen Union ein soziales Europa ist: wie man mit dem Rest der Welt umgeht.“

Das soziale Europa: Es ist vermutlich stärker, als man glaubt. Aber um dem Anspruch auch wirklich gerecht zu werden, der in diesem Begriff steckt, ist zweifellos noch viel Engagement und Durchhaltevermögen gefragt.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[sonja.fercher@oegb.at](mailto:sonja.fercher@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Die 180-Grad-Wende

*Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und das Schwingen der Abrissbirne gegen Leitideen eines besseren Europas für die Menschen.*

**Valentin Wedl**

*Abteilung EU und Internationales  
der AK Wien*

**E**s ist eine perfekte Hochglanzinszenierung, die die Bundesregierung bei dieser nunmehr dritten Präsidentschaft Österreichs im Rat der EU abliefern. Angesichts dessen treten der eigentliche Sinn und die Bedeutung dieser wichtigen Aufgabe leicht in den Hintergrund. Ein näherer Blick offenbart, dass die Präsidentschaft von der Koalition auch dazu genutzt wird, den bewährten Kurs Österreichs für ein Europa mit möglichst hohen Sozial- und Umweltstandards um 180 Grad zu wenden – zugunsten der exportorientierten Unternehmen und zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.

Aber der Reihe nach. Der Rat der EU ist ein Vertretungsorgan der 28 Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Rechtsetzung. Er ist eine Art Län-

derkammer, in der die BürgerInnen indirekt über ihre nationalen Regierungen vertreten sind (unmittelbares Vertretungsorgan der WählerInnen ist das Europäische Parlament, das somit eine Art europäische BürgerInnenkammer als Gegengewicht zum Rat darstellt). Kaum ein Rechtsakt der EU kommt ohne Einbindung des Rates zustande.

## Familienaufstellungen

Dabei muss unterschieden werden zwischen dem Europäischen Rat und dem Rat der EU. Der Europäische Rat ist das höchste politische Organ der EU, das alle Staats- und Regierungsoberhäupter sowie den Präsidenten der EU-Kommission versammelt und uns nach jeder Tagung als fotogene Großfamilie von den Titelseiten zulächelt. Ihm steht ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Präsident vor. Momentan hat diese Stelle der

vormalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk von der Europäischen Volkspartei inne.

Im Rat der EU wiederum treffen die FachministerInnen zusammen. Er verfügt über keine gewählte Präsidentschaft. Vielmehr rücken die um die Verhandlungstafel sitzenden VertreterInnen der Mitgliedstaaten im Halbjahresrhythmus um jeweils einen Sitzplatz im Uhrzeigersinn weiter. So kommt jedes Land einmal an die Reihe, um für jeweils sechs Monate die politische Verantwortung für das Funktionieren dieses zentralen Steuerungselements der europäischen Gesetzgebungsmaschinerie zu übernehmen.

So liegt die allererste Aufgabe des Vorsitzlandes auch darin, Beschlüsse und andere Entscheidungen – gegebenenfalls auch durch engagierte Vermittlungstätigkeit – zustande zu bringen. Dies ist eine nicht immer einfache Sa-



che in Anbetracht der vielfach gespaltenen Mitgliedstaaten.

Dem Papier nach ist die Ratspräsidentschaft dazu angehalten, ihre Rolle stets allparteilich anzulegen und Eigeninteressen hintanzustellen. Gern wird dafür auch das Bild des sogenannten „ehrlichen Maklers“ bemüht. Dieser Vergleich trifft das Bild tatsächlich gut, wenngleich auch mit einer Portion unfreiwilliger Ironie. Denn wer im Leben Erfahrung mit MaklerInnen gesammelt hat, weiß nur allzu gut, dass diese von allen beteiligten Parteien in erster Linie an sich selbst denken. Tatsächlich gibt es für ein Land keinen besseren Moment als den der Ratspräsidentschaft, um die eigenen europapolitischen Interessen zur Geltung zu bringen.

### Drei Ebenen

Dies tritt in dreierlei Weise zu Tage. Die Ratspräsidentschaft kann erstens Themen setzen: Hier geht es darum, die Aufmerksamkeit auf gewisse Fragen zu lenken und Debatten zu initiieren. Die Ratspräsidentschaft kann zweitens die Themen arrangieren: In der Praxis betrifft dies die Festlegung der Frequenz an Treffen zu gewissen Politikfeldern, die Einberufung von informellen Treffen und die Festlegung der Tagesordnung. Drittens kann die Ratspräsidentschaft bestimmte Themen ausschließen: Unerwünschte Fragen werden explizit nicht angesprochen, Entscheidungen über Rechtsakte werden verschleppt und bestimmte Punkte aus der Tagesordnung von Ratssitzungen ausgeklammert. Zusammengefasst: Ohne Rat geht in der EU nichts, und ohne willige Ratspräsidentschaft läuft im Rat nichts. Folglich hat die Ratspräsidentschaft tatsächlich das Potenzial, der gesamten EU-Politik auch ihre Themen aufzudrücken.

Es ist erstaunlich, dass sich Österreich mit seinem Programm unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ nun an die Spitze einer europäischen Bewegung gestellt hat, die ernsthaft für einen Rückbau von europäischen und nationalen Schutzstandards eintritt. Das bedeutet einen massiven Kurswechsel. Denn seit dem EU-Beitritt waren alle österreichischen Regierungen mehr oder weniger für den Ausbau von europäischen (Mindest-) Standards insbesondere zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und der Umwelt eingetreten.

Hohe Standards befinden sich momentan in einer Art Doppelmühle: Zum einen werden sie auf europäischer Ebene mit Verweis auf die „Subsidiarität“ angezweifelt, da sie nach dem neuen konservativen Verständnis keinen europäischen Mehrwert mehr darstellen. Zum anderen sollen die Mitgliedstaaten unter Verweis auf mögliches „Gold Plating“ dazu animiert werden, die ohnedies meist schwach ausgeprägten europäischen Mindeststandards auch auf nationaler Ebene nicht mehr zu verstärken.

Es ist leicht erkennbar, dass vor allem die Arbeitgeberseite hier die Feder führt, aber es ist bemerkenswert, wie sehr die Regierung(-skoalition) hier an die Substanz jenes Europas geht, das aus Sicht der ArbeitnehmerInnen eine wichtige Bedingung für das klare Ja zum Beitritt Österreichs zur EU war: die Idee, wonach unser sozialstaatliches Modell im Rahmen der EU besser weiterentwickelt werden kann als außerhalb. Und dass es dafür – wie es so schön in den Verträgen heißt – einer Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Weg des Fortschritts bedarf, wie dies etwa in Artikel 151 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union steht.

Gerade die österreichische Wirtschaft hatte dem bis jetzt auch wenig entgegenzusetzen. Denn nur hohe Standards überall in der EU können die hohen Schutz- und Lebensstandards in Österreich absichern. Ansonsten wären die Standards ein Spielball im Standortwettbewerb mit anderen Mitgliedstaaten. Anders die nunmehrige Bundesregierung: In einem Akt seltener Destruktivität beschlossen etwa die Regierungsparteien im Bundesrat noch im Juni sogenannte Subsidiaritätsrügen gegen wichtige Verbesserungen im europäischen VerbraucherInnenschutz. Dabei geht es unter anderem um den „New Deal for Consumers“, mit dem auch Einrichtungen wie etwa die AK eine Art Sammelklage einbringen hätten können. Und wäre dies nicht bestellt, so würde der Bundesrat eigentlich dem ehrlichen Makler in den Rücken fallen.

Noch befremdlicher erscheint die Zurückhaltung bei wichtigen sozialpoli-

tischen Themen wie der wirksamen Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping. Endlich schlägt die oftmals am sozialen Auge blinde EU-Kommission eine sinnvolle Initiative in Gestalt einer Europäischen Arbeitsbehörde vor – und das offizielle Österreich erkennt keinen Mehrwert darin.

### Innenpolitische Immunstärkung

Derlei Brüche in Inhalt und Stil der österreichischen EU-Politik folgen gewiss einem erkennbaren Muster. Maßnahmen für exportorientierte Unternehmen werden gepusht, arbeitnehmerInnen- oder verbraucherInnenfreundliche Ansätze werden verschleppt, auf dass sie vor den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 keine Chance mehr auf Realisierung haben (womit sie fürs erste nämlich begraben wären).

Es ist aber gar nicht so einfach, auf diese Verfehlungen hinzuweisen, ohne dann einer schlechten Gesinnung geziehen zu werden. So erging es jedenfalls schon so manchen österreichischen RepräsentantInnen im **Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss**, die sich auf Streitgespräche zur verwerflichen, um nicht zu sagen antieuropäischen, Präsidentschaftspolitik aus der Sicht von ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen eingelassen haben. Wer dies öffentlich durchschaut, gerät in Gefahr, als unpatriotische/r NestbeschmutzerIn bezeichnet zu werden.

Es ist hierin eine weitere tiefere Bedeutung der Ratspräsidentschaft erkennbar: das internationale Rampenlicht dafür zu nutzen, um die eigene Position im Land zu festigen. Was auch immer für Themen gespielt werden, sie werden uns als große nationale Sache präsentiert. Eigentlich sollten wir also voller patriotischem Stolz sein, nach dem Motto: Freut euch mit dem „Popstar-Bundeskanzler“. Gern! Nur worüber?

Nachlese:

„Gefährliches Spiel mit Standards“  
[tinyurl.com/ybucx7nw](http://tinyurl.com/ybucx7nw)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[valentin.wedl@akwien.at](mailto:valentin.wedl@akwien.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Vorrang für soziales Europa

*ÖGB und AK zur EU-Ratspräsidentschaft: Menschen müssen im Mittelpunkt stehen, nicht Konzerne.*

Amela Muratovic  
ÖGB-Kommunikation

**A**m 1. Juli 2018 hat Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union für sechs Monate übernommen – das dritte Mal nach 1998 und 2006. Es ist die letzte EU-Ratspräsidentschaft vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019, in der inhaltlich noch etwas bewegt werden kann und wichtige Projekte für ein soziales Europa umgesetzt werden können.

## Enttäuschendes Programm

Das Arbeitsprogramm der Bundesregierung macht jedoch wenig Hoffnung, dass die österreichische Bundesregierung hier Initiativen für ArbeitnehmerInnen setzen wird. Ganz im Gegenteil: Das Motto des Vorsitzes lautet „Ein Europa, das schützt“. Die Schwerpunkte liegen auf der Sicherung der Außengrenzen vor illegaler Migration, der Absicherung des Wohlstands und der Digitalisierung sowie der Stabilität in der Nachbarschaft und am Westbalkan. Das soziale Europa und die aktuelle Forderung nach einer Europäischen Arbeitsbehörde gegen Lohndumping werden im Programm mit keinem Wort erwähnt, andere Vorschläge im Sozialbereich nur am Rande genannt.

„Die türkis-blaue Regierung erfüllt die Wünsche ihrer Spender aus der Industrie nicht nur im Inland, sondern auch in ihrem Programm für die EU-Präsidentschaft“, kritisiert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. „Hier verpasst Österreich eine große

Chance, im Kampf für ein soziales Europa und gegen Lohn- und Sozialdumping etwas weiterzubringen. Was das soziale Europa betrifft, haben Kurz und Strache nichts als einen Lückentext vorgelegt.“

Auch AK-Präsidentin Renate Anderl ist vom Präsidentschaftsprogramm der Regierung enttäuscht. Mit keinem Wort wird die erst im November 2017 proklamierte „Europäische Säule sozialer Rechte“ erwähnt, die trotz vieler Defizite einen wichtigen Kompass in Richtung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen in der EU darstellt. Stattdessen werden mit nebulösen Hinweisen auf „Subsidiarität“ oder „Gold Plating“ Standards im Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherrecht in der gesamten EU infrage gestellt. „Diese Politik bedeutet das Gegenteil von sozialem Fortschritt. Statt Europa in einen Abwärtsstrudel sinkender Standards zu manövrieren, sollten mit dem EU-Vorsitz wieder jene Entwicklungen vorangetrieben werden, die ein fortschrittliches Bild von Europa zeichnen“, betont Anderl.

## Kurswechsel jetzt!

„Weichen für ein soziales Europa stellen“: Der ÖGB hat ein klares Forderungsprogramm an die Regierung – einstimmig stimmte der ÖGB-Bundeskongress im Juni für einen Kurswechsel in der EU. Der ÖGB erwartet, dass die Regierung ihr eigenes Vorsitzmotto „Ein Europa, das schützt“ ernst nimmt und dass vor allem ArbeitnehmerInnen endlich geschützt werden, und zwar vor dem dramatisch ansteigenden Lohn- und Sozial-

dumping sowie vor einem ruinösen Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten. Auch AK-Präsidentin Anderl stellt klar, dass die Menschen im Mittelpunkt der europäischen Politik stehen müssen. Die Erwartungen und Forderungen an den österreichischen EU-Ratsvorsitz hat die Arbeiterkammer in einem „Memorandum für ein soziales Europa“ zusammengefasst. Darin fordert sie viele unterschiedliche Maßnahmen mit einem gemeinsamen Nenner: die Schaffung bzw. Verbesserung der Voraussetzungen für ein soziales Europa, das den Menschen Schutz gibt.

## Lohn- und Sozialdumping bekämpfen

In den grenznahen Regionen betreiben bis zu 61 Prozent aller ausländischen Entsendeunternehmen Lohndumping – die Ausnahme wird immer mehr zur Regel. Verwaltungsstrafen wegen Sozialdumping sind in den meisten Fällen grenzüberschreitend nicht durchzusetzen. ÖGB und AK fordern daher eine rasche Umsetzung der geplanten EU-Arbeitsbehörde. „Diese muss allerdings eine schlagfertige ‚Arbeitsschutzbehörde‘ sein, damit endlich grenzüberschreitend vorgegangen werden kann“, betont Achitz. Diese Arbeitsbehörde in Österreich anzusiedeln, sollte laut AK-Präsidentin ein gemeinsames Anliegen der Bundesregierung sein.

Außerdem setzen sich ÖGB und AK für mehr Steuergerechtigkeit ein: Steuerhinterziehung und -vermeidung müssen stärker bekämpft werden. In diesem Zusammenhang fordert der ÖGB unter anderem die Einführung einer Finanz-





transaktionssteuer, zudem müssen Steuerflucht und Steueroasen international koordiniert bekämpft werden. Ebenso soll es kein Geld für Unternehmen, die in Steueroasen registriert oder aktiv sind, geben.

### Mehr und bessere Arbeitsplätze

Die einsetzende wirtschaftliche Erholung in Europa schafft wieder mehr Arbeitsplätze, aber es besteht weiterhin ein großer Handlungsbedarf. Zu den bestehenden Herausforderungen wie etwa Langzeitarbeitslosigkeit bringt die voranschreitende Digitalisierung weitere mit sich und die Qualifikationsanforderungen am Arbeitsmarkt verändern sich stark. „Maßnahmen, die Frauen am Arbeitsmarkt stärken, prekäre Arbeit ein-

dämmen und die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, sind das Gebot der Stunde“, sagt Anderl. Ein besserer Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Menschen sei eine wesentliche Voraussetzung, um den digitalen Wandel zu bewältigen, nicht zuletzt sind sie die beste „Schutzimpfung“ gegen Arbeitslosigkeit.

„Die EU darf den wirtschaftlichen Freiheiten nicht länger Vorrang vor den sozialen Rechten einräumen. Dies ist der grundlegende Konstruktionsfehler der EU, die EU ist mehr als ein Binnenmarkt“, betont Achitz. „Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, dass bei der nächsten EU-Vertragsänderung ein soziales Fortschrittsprotokoll verankert werden muss, das dem Sozialen in der EU endlich Vorrang vor den Interessen der Konzerne einräumt.“ Anderl wieder-

rum betont, dass Europa das Potenzial habe, alle Probleme und Herausforderungen zu bewältigen, und zwar vor allem dann, „wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen und eines vor Auge haben: Es geht immer um die Menschen. Wohlstand, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt müssen daher zu den wichtigsten Leitmotiven Europas werden.“

---

AK „Memorandum für ein soziales Europa“:  
[tinyurl.com/ycdtcgyx](https://tinyurl.com/ycdtcgyx)

ÖGB-Forderungen zum EU-Ratsvorsitz:  
[tinyurl.com/y9yful7x](https://tinyurl.com/y9yful7x)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[amela.muratovic@oegb.at](mailto:amela.muratovic@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

## Weichen für soziales Europa stellen! – Forderungen von AK und ÖGB im Überblick

- » Priorität für die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Frauen am Arbeitsmarkt stärken und prekäre Arbeit eindämmen. Ein besserer Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Menschen ist eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung des digitalen Wandels und die beste „Schutzimpfung“ gegen Arbeitslosigkeit.
  - » Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort: Die geplante Europäische Arbeitsbehörde kann hier wirksame Hilfe leisten. Diese Behörde in Österreich anzusiedeln, sollte ein gemeinsames Anliegen der Bundesregierung sein.
  - » Ausweitung und Weiterentwicklung verbindlicher sozialer Mindeststandards auf hohem Schutzniveau: Durch ein Sozialprotokoll muss sichergestellt sein, dass soziale Grundrechte im Zweifel Vorrang vor Marktfreiheiten und Wettbewerbsregeln haben.
  - » Das EU-Budget muss stärker auf soziale Ziele ausgerichtet sein.
  - » Priorität für eine sozialverträgliche Gestaltung der Digitalisierung und des Klimawandels.
  - » Die hohen österreichischen Sozialstandards dürfen nicht unter dem Vorwand von „Überregulierung“ und „Gold Plating“ den Interessen der Wirtschaft geopfert werden.
  - » Europa muss bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion eine ausgewogene, beschäftigungs- und wohlstands-
- orientierte Wirtschaftspolitik, faire Verteilung sowie ein solides soziales Sicherungssystem in den Mittelpunkt rücken. Mehr budgetärer Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen (**Goldene Regel**) ist hierfür unverzichtbar.
- » Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sowie Lohn- und Sozialdumping müssen entschlossen bekämpft werden.
  - » Die europäische und internationale Handelspolitik muss gerecht gestaltet werden.
  - » Brexit nicht auf Kosten der Beschäftigten: Das zukünftige Abkommen muss verbindliche Klauseln zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und der Umwelt enthalten. Das Vereinigte Königreich muss verpflichtet werden, weiterhin EU-Standards anzuwenden, damit kein unfairer Wettbewerb entsteht.

# „Das Geschäftsmodell Lohn- und Sozialdumping in die Schranken weisen“

*Das Bild, das die österreichische Regierung in der EU abgebe, sei beschämend, sagt Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel. Er und sein Team kämpfen gemeinsam mit anderen europäischen Gewerkschaften für die konkrete Umsetzung der sozialen Säule der EU.*

Interview: Alexandra Rotter | Fotos: Michael Mazohl

## **Arbeit&Wirtschaft: Wie beginnt eigentlich Ihre Woche als Leiter des ÖGB-Europabüros?**

Oliver Röpke: Wir sind in der EU-Botschaft Österreichs untergebracht, was ein Sonderfall ist: Nur bei Österreich sitzen die Sozialpartner in der **ständigen Vertretung**. Jeden Montagmorgen haben wir eine Sitzung mit allen Abteilungsleitern aus den Ministerien und dem Botschafter, wo wir aktuelle Themen besprechen.

## **Was ist die Aufgabe des ÖGB in Brüssel?**

Generell vertreten wir die Position des ÖGB und der Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund und in den EU-Institutionen, etwa im Parlament, wenn die Ausschüsse tagen. Wir bereiten Änderungsanträge vor, sprechen mit den Abgeordneten und sind mit den BeamtInnen der Kommission in Kontakt. Wir schauen, was auf der Agenda steht und welche Positionen wir einbringen wollen.

Wir organisieren Veranstaltungen wie Arbeitsfrühstücke im Parlament, Workshops mit KommissionsbeamtInnen oder Abendveranstaltungen, wo wir ein breites Publikum ansprechen und GewerkschafterInnen aus Öster-

reich auf die europäische Bühne holen. Wir kooperieren mit NGOs und anderen Gewerkschaften, die in Brüssel vertreten sind. Die Arbeit der letzten Jahre hat sich ausgezahlt: ÖGB und AK sind heute die aktivsten ArbeitnehmerInnenvertretungen in der EU.

## **Womit beschäftigt sich das ÖGB-Europabüro im Moment?**

Die Themen, die die österreichische Ratspräsidentschaft stellt, stehen auch beim ÖGB und der AK in Brüssel – wir arbeiten immer abgestimmt – auf der Tagesordnung, aber oft von einem kritischen Blickwinkel aus, weil wir mit der Ausrichtung vieler Themen nicht einverstanden sind. Unsere Hauptaufgabe ist, das soziale Europa und sozialpolitische Themen in den Vordergrund zu stellen und die Ratspräsidentschaft zu drängen, etwas in diese Richtung zu tun.

## **Was sind Ihre ersten Eindrücke von der österreichischen Ratspräsidentschaft?**

Wir haben ein umfangreiches Forderungsprogramm für die Ratspräsidentschaft erstellt, das einstimmig vom Bundeskongress verabschiedet wurde. Im Mittelpunkt steht, dass das Motto „Ein

Europa, das schützt“ ernst genommen werden sollte – und zwar die ArbeitnehmerInnen und nicht die Konzerne, wie ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian gesagt hat. Die ersten Eindrücke sind sehr ernüchternd und bestätigen die Skepsis, dass sowohl bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und -vermeidung als auch beim Einsatz für das soziale Europa wenig vorangehen wird.

Wenn man sich die bisherige Rolle Österreichs anschaut, die sehr proeuropäisch war, ist es beschämend, was die aktuelle Regierung in Europa für ein Bild abgibt. Sie befasst sich fast monothematisch mit den Themen Außengrenzen, Flüchtlinge und Verteidigungsunion. Das wird wie ein Mantra wiederholt. Das ist einfach zu wenig aus unserer Sicht.

## **Was sind die wichtigsten Forderungen des ÖGB?**

Die EU darf sich nicht unter dem Vorwand der Subsidiarität vom sozialen Europa und aus der Sozialpolitik verabschieden. Genau diese Gefahr droht derzeit. Wir wollen, dass der Brexit als Chance begriffen wird, um Europa wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und mit Großbritannien mehr als eine



Art Freihandelsabkommen zu schließen. Es muss vermieden werden, dass vor unserer Haustür ein Land entsteht, das Lohn- und Steuerdumping anbietet. Deswegen müssen wir soziale Standards auch dort schützen. Wir unterstützen die britischen Gewerkschaften dabei.


Wir brauchen eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik, also eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, die endlich mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in den Vordergrund stellt – mit der goldenen Investitionsregel für mehr Zukunftsinvestitionen. Und wir brauchen eine Kurskorrektur in der Handelspolitik. Handelsverträge dürfen kein Instrument für Liberalisierung und Deregulierung sein, sondern müssen fairen Handel mit verbindlichen und durchsetzbaren ArbeitnehmerInnenrechten ermöglichen. Leider gibt es starke Gegenspieler.

#### ***Wen meinen Sie konkret?***

Ich spreche vom sogenannten Gold Plating. Unter diesem ideologischen Kampfbegriff läuft eine europaweit koordinierte Aktion von Konservativen und Industrieverbänden, zu denen auch die Industriellenvereinigung gehört. Der europäische Industrieverband BusinessEurope versucht nicht erst seit gestern, dieses Thema voranzutreiben. Jetzt sind sie so weit, dass sie die Mehrheit in einigen Mitgliedstaaten haben und diese Agenda wirklich umsetzen können.

#### ***Worum geht es dabei?***

Es geht um einen koordinierten europaweiten Angriff der Industrielobby auf ArbeitnehmerInnenrechte. Europäische soziale Mindeststandards sollen in Zukunft zu Maximalstandards gemacht werden, die nicht mehr überschritten werden dürfen. Teile der Industrie wollen Europa wieder zu dem machen, was wir schon überwunden hatten, nämlich zu einer reinen Freihandelszone. Diese Lobby will erreichen, dass Unternehmen alle Freiheiten haben und ArbeitnehmerInnen über die Grenzen hinweg einsetzen können und dass Europa bei sozialen Fragen nicht mehr mitreden darf. Wenn das passiert, wird der Wettlauf um die niedrigsten Standards zum System.



**Oliver Röpke** ist in Hamburg geboren und aufgewachsen und kam nach der Matura nach Wien, wo er Jus studierte. Anschließend arbeitete er in der Arbeiterkammer und danach in der Gewerkschaft, bis er 2001 nach Brüssel ging. Seit 2008 ist Röpke Leiter des ÖGB-Europabüros und Mitglied im Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbunds EGB.



**Sie haben erwähnt, dass es in der EU derzeit monothematisch zugeht. Gibt es wirklich keinen Spielraum für andere politische Inhalte?**

Die Agenda wird zum Teil durch das, was die Kommission auf den Tisch legt, vorgegeben. Zum Beispiel ist der Brexit derzeit ein Hauptanliegen. Aber gemeinsam mit den KollegInnen von der AK, mit denen wir in Brüssel eine Bürogemeinschaft haben, versuchen wir, eigene Themen in den Fokus zu rücken und Agendasetting zu betreiben.

**Bei welchen Themen zum Beispiel?**

Vor vielen Jahren haben wir die Finanztransaktionssteuer gefordert, gegen die damals ganz Europa war. Außer Österreich wollte das niemand, und vor zehn Jahren wurde man für diese Forderung noch fast ausgelacht. Wir haben dazu Termine mit der Kommission gemacht und Veranstaltungen organisiert, wo wir das Thema gepusht haben. Gemeinsam mit NGOs und anderen Gewerkschaften haben wir es geschafft, dass es auf die Tagesordnung gekommen ist – leider immer noch mit keinem greifbaren Ergebnis. Aber der Vorschlag liegt zumindest auf dem Tisch und es wird darüber

verhandelt. Ein zweites Beispiel ist faires und transparentes Lobbying, ein großes Thema, das in der Öffentlichkeit nie eine Rolle spielte.

**Was haben Sie da erreicht?**

Auch das haben erst wir gemeinsam mit der AK in Brüssel auf die Agenda gesetzt, und zwar mithilfe einer Studie, die schon vor Jahren ausgesagt hat, dass von den etwa 25.000 bis 30.000 Lobbyisten in Brüssel mehr als 95 Prozent Wirtschafts- und vor allem Finanzindustrie-Lobbyisten sind. Nur ein kleiner Bruchteil kommt aus Gewerkschaften, NGOs und vom Konsumentenschutz. Wir haben uns verschiedene Beratergruppen in der Kommission angeschaut und es kam zum Beispiel heraus, dass in einer Beratergruppe für Finanzmarktregulierung zwei Drittel der VertreterInnen aus der Finanzlobby kamen.

Unsere Arbeit hat dazu beigetragen, dass die Juncker-Kommission die Transparenzregeln deutlich verschärft hat. Vor zehn, zwölf Jahren konnte man sich noch hinter verschlossenen Türen treffen. Heute muss zumindest bei den KommissarInnen, ihren Kabinetten und den **GeneraldirektorInnen** alles transparent gemacht werden und auf deren Websites jedes Treffen im Terminkalender veröffentlicht werden.

**Aber es stellt sich die Frage, was wirklich veröffentlicht wird.**

Ja, natürlich. Und Gesetze werden nicht von KommissarInnen, sondern von BeamtInnen geschrieben, und die müssen nach wie vor nicht veröffentlichen, mit wem sie sich treffen. Da ist also noch viel zu tun, aber das Thema steht auf der Agenda.

**2017 wurde die Europäische Säule sozialer Rechte verabschiedet. Wie schätzen Sie die Chancen dafür ein?**

Die Säule ist bisher nur heiße Luft mit vielen guten Absichten. Unsere Aufgabe ist es, die Inhalte umzusetzen, damit die ArbeitnehmerInnen konkret etwas davon haben. Hier zeigt sich die österreichische Bundesregierung bisher nicht sehr gewillt. Im Programm für die Ratspräsidentschaft wird die Säule mit keinem Wort erwähnt. Auch viele unserer Forderungen finden sich nicht wieder.

**Jean-Claude Juncker hat die soziale Säule erstmals 2014 erwähnt. Warum ist sie überhaupt wichtig für die EU?**

Ein Binnenmarkt, der fairen Wettbewerb garantieren soll, wo ArbeitnehmerInnen und Unternehmen grenzüberschreitend tätig sein können, kann auf Dauer nur bei vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen und sozialen Standards funktionieren. Deshalb ist es schon wirtschaftspolitisch ein Muss, dass sich die Standards zumindest annähern. Und es war immer Konsens in der EU, dass sich die Standards nach oben annähern sollen.

Wir hatten immer das Konzept, ambitionierte Mindeststandards auf europäischer Ebene zu schaffen, um die Staaten nachzuholen, die zurückgeblieben sind. Mit der großen Osterweiterung ist dieses Konzept immer schwieriger geworden, weil der Wohlstandsunterschied so enorm ist, dass es kaum möglich ist, Mindeststandards zu schaffen, die für ArbeitnehmerInnen in Schweden oder Österreich genauso attraktiv sind wie für jene in Bulgarien oder Rumänien.

**Was, wenn es nicht gelingt, die soziale Säule in der EU zu verankern?**

Dauerhaft ist eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne soziale **Konvergenz**, also soziale Annäherung, nicht möglich. Wenn es in den nächsten Jahren keinen deutlichen Schritt Richtung soziales Europa gibt, werden wir das Europa, das wir jetzt kennen, nicht mehr wiedererkennen, weil die EU dann bei den Menschen keine Akzeptanz mehr finden wird und der Vormarsch der PopulistInnen weitergeht.

Wir sehen schon jetzt beim Flüchtlingsthema, dass viele Menschen glauben, dass Europa es nicht schafft, eine gerechte Lösung herbeizuführen. Die Akzeptanz wird weiter sinken, wenn man Lohn- und Sozialdumping nicht bekämpfen kann und Steuerdumping nicht beendet. Dann sehen ArbeitnehmerInnen die EU als Treibstoff für den Motor Lohn-, Sozial- und Steuerdumping an. Daher gibt es keine Alternative zu einem sozialen Europa.

Es funktioniert nicht, die EU nur als Freihandelszone zu gestalten und die Mitgliedstaaten das Soziale selber ausmachen zu lassen: Die soziale Spaltung und die sozialen Unterschiede in und



„Wir brauchen eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik, also eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, die endlich mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in den Vordergrund stellt.“



zwischen den Mitgliedstaaten nehmen zu. Europa würde zerreißen. Aber leider geht es in letzter Zeit in die falsche Richtung. Einige Mitgliedstaaten wollen überhaupt keine soziale Konvergenz, sondern lieber die Uhr Richtung 80er- und 90er-Jahre zurückdrehen.

#### ***Und diese Staaten sind so dominant?***

Sie sind nicht dominant, aber sie versuchen, so viel Widerstand zu mobilisieren, dass es zu keinen Mehrheiten kommt oder Vorschläge so zu verwässern, dass nichts Substantielles übrigbleibt. Wir haben früher oft die Kommission für ihr geringes Engagement für ein soziales Europa kritisiert. Doch die Juncker-Kommission hat hier versucht, viel auf den Weg zu bringen.

Der Widerstand kommt jetzt aus den Mitgliedstaaten. Traditionell war das immer Großbritannien mit einigen Verbündeten aus Osteuropa. Wir sehen,

dass Staaten wie Polen und Ungarn, die das auf europäischer Ebene völlig blockieren, jetzt auch unterstützt werden von Italien und leider zunehmend auch von Österreich. Die Kommission und das Europäische Parlament wären durchaus bereit, weiter zu gehen als einige Mitgliedstaaten.

#### ***Welche positiven Dinge sind bisher passiert?***

Wir sind beim Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort einen Schritt weiter. Wir haben die Entsenderichtlinie deutlich verschärft – eine langjährige Forderung von ÖGB und AK – und uns dort mit der Kommission gegen die Arbeitgeber auf europäischer Ebene und gegen massive Widerstände aus den ost- und mitteleuropäischen Ländern durchgesetzt. Das ist ein Schritt, um das Geschäftsmodell Lohn- und Sozialdumping in die Schranken zu weisen.

#### ***Worauffokussieren Sie sich als nächstes?***

Es sind Initiativen am Weg wie zum Beispiel die Europäische Arbeitsschutzbehörde oder auch ein Projekt von ÖGB, AK und dem DGB, in dem es um europäische Mindeststandards für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme geht.

Wir wollen keine europäische Arbeitslosenversicherung, die für alle gelten soll, sondern dass es endlich Mindeststandards gibt, von denen die Menschen profitieren, zum Beispiel bei der Bezugsdauer: In einigen Mitgliedstaaten ist nach drei Monaten Schluss. Es stellt sich auch die Frage, wie viel Geld die Menschen bekommen, also wie hoch die Nettoersatzrate ist, und wie viele Leute überhaupt von der Arbeitslosenversicherung abgedeckt sind.

Europäische Mindeststandards in den Mitgliedstaaten wären ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Auch da gibt es große Widerstände. Wir sind erst am Anfang der Debatte. Aber auch da ist die Soziale Säule der Ansatzpunkt, weil sie grundsätzlich angemessene Leistungen für Arbeitslose aus den Arbeitslosenversicherungen festschreibt.

#### ***Lohn- und Sozialdumping in der EU zu bekämpfen, ist sicher wichtig. Aber auch andere Länder treiben Sozialdumping voran. Was tun?***

Ja, das stimmt. Und auch beim Steuerdumping spielen außereuropäische Länder mit. Aber wir sollten den ersten Schritt vor dem zweiten machen. Wenn wir das über globale Lösungen schaffen wollen, werden wir sie wahrscheinlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Bis wir zum Beispiel globale Regeln für eine Finanztransaktionssteuer festlegen, wird sehr viel Zeit vergehen. Deshalb sollten wir den Mut und das Selbstbewusstsein haben, zu sagen: Die EU ist einer der größten und mächtigsten Wirtschaftsräume und wir sollten hier verbindliche und fortschrittliche Regeln festschreiben. Danach können wir uns um globale Standards kümmern. Das Herausreden auf den Rest der Welt ist ja oft eine Strategie, damit überhaupt nichts weitergeht.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[alexandra.rotter@chello.at](mailto:alexandra.rotter@chello.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Wider besseren Wissens

*Die EU-Kommission sollte sich von ihren eigenen Analysen statt von einer widersinnigen politischen Werthaltung leiten lassen.*

Adi Buxbaum, Erik Türk

Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

**W**as haben der Ageing Report 2018 und der Europäische Sozial- und Beschäftigungsbericht 2018 gemeinsam? Klingt wie ein Witz, ist aber weniger lustig, sondern eher verwunderlich: Beide Berichte sind Analysen der EU-Kommission, die diese bei der Formulierung ihrer politischen Empfehlungen aber de facto ignoriert und stattdessen ein „More-of-the-Same“ fordert. Am deutlichsten lässt sich dieser Befund am Beispiel Pensionen nachzeichnen, wonach Österreich aus Sicht der EU-Kommission das gesetzliche (!) Pensionsalter anheben sollte.

Diese Empfehlung entspricht weder den Bedürfnissen der Menschen, noch ist sie besonders innovativ. Schon gar nicht aber ist sie sachlich nachvollziehbar: Die Europäische Kommission selbst weist darauf hin, dass sich entsprechend der Prognosen der Altersquotient, also die Relation der 65-Jährigen und Älteren zu den 15- bis 64-Jährigen, bis 2070 nahezu verdoppeln wird – und entsprechend die relativen Pensionsausgaben in Österreich voraussichtlich um bloß 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung ansteigen werden (siehe Grafik „Basisszenario“).

## Absurd: Tadel statt Lob!

Der österreichische Reformweg in der Alterssicherung bietet eigentlich ein sehr gutes Beispiel dafür, dass sich die – angeblich auch nach Auffassung der EU-Kommission – zentralen pensions-

politischen Zielsetzungen „Angemessenheit und Nachhaltigkeit“ gleichermaßen erreichen lassen, wenn man das auch wirklich will und dementsprechend die richtigen Schwerpunkte setzt. Denn das österreichische System ist nicht nur langfristig finanziell stabil, sondern es bietet mit seiner starken öffentlichen Säule auch weiterhin eine im internationalen Vergleich sehr gute Absicherung.

## Fragwürdige Gebetsmühle

Der nur sehr moderate Zuwachs öffentlicher Pensionsausgaben trotz künftigen guten Sicherungsniveaus hat mehrere Gründe. Dazu zählen vor allem der Fokus auf eine verbesserte Erwerbsintegration, die Anpassung der Leistungszusagen – im Durchschnitt gute Pensionen bei späterem (faktischen) Pensionsantritt – und die schrittweise Angleichung der großzügigeren Sondersysteme an die Pensionsversicherung.

Anstatt jedoch diese Perspektive als Beleg für eine nachhaltige soziale und finanzielle Entwicklung zu werten, empfiehlt die EU-Kommission gebetsmühlenartig eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters, bis vor kurzem zumeist in Form einer Koppelung an die Lebenserwartung. Damit sollen die relativen öffentlichen Pensionsausgaben zukünftig sogar deutlich unter (!) das aktuelle Niveau gedrückt werden, obwohl es dann wesentlich mehr Ältere geben wird (siehe Grafik „Szenario 2“). Es ist nicht nur ziemlich zynisch, mit welcher Gelassenheit über die damit einhergehenden finanziellen

Einschränkungen der heute Jüngeren im Alter – und damit auch über die Entwertung ihrer Lebensleistung – hinweggesehen wird. Letztlich offenbart sich, welche Bedeutung die EU-Kommission einer angemessenen Alterssicherung tatsächlich einräumt: offensichtlich eine sehr geringe. Die eigentliche Zielsetzung scheint das Zurückdrängen öffentlicher Sicherungssysteme zu sein.

Jeden auch noch so moderaten Anstieg öffentlicher Pensionsausgaben als Ausdruck mangelnder „finanzieller Nachhaltigkeit“ zu diskreditieren, belegt letztlich nichts anderes als eine politische Werthaltung, die angesichts des Ausmaßes der demografischen Verschiebungen nur als widersinnig bezeichnet werden kann.

## Vorgefertigtes Mindset

Die eigene Unbeirrbarkeit der EU-Kommission zeigt sich auch bei den diversen – oft eher künstlich wirkenden – Konsultations- und Einbeziehungsversuchen der heimischen Sozialpartner, wenn es um den Austausch über den Status quo in Österreich und die möglichen Politik- und Reformempfehlungen geht. Verstörend ist erfahrungsgemäß weniger, „was“ besprochen wird, sondern vielmehr die selektive Akzeptanz und **Perzeption** geäußerter Standpunkte: AK und ÖGB argumentieren stets mit offiziellen Statistiken – etwa von der EU-Kommission selbst oder vom Finanzministerium –, diese werden jedoch geflissentlich ignoriert. IV und WKO hingegen werden mit ihrem un-



angebrachten Alarmismus und ihrem Ruf zu massiven Einschnitten ins österreichische Pensionssystem „erhört“.

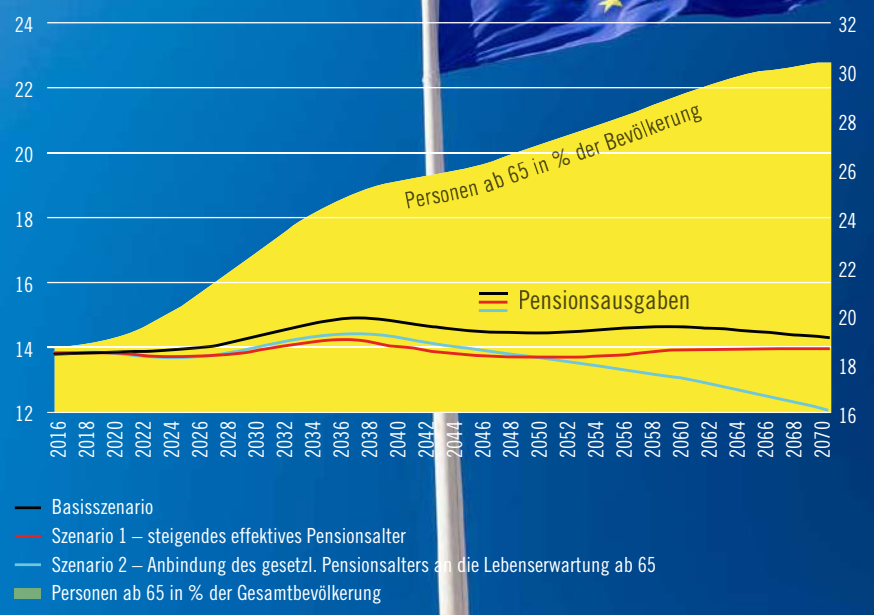
Führt man sich die Alternativen zur Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters vor Augen, dann zeigt sich eine Vielzahl an Stellschrauben, die direkt oder indirekt mit einer besseren Arbeitsmarktintegration und einer fairen Teilhabe der Menschen zu tun haben. Mehr als das, denn sie wirken weit über die Pensionsfinanzierung hinaus: verbesserte Einstiegschancen für Jüngere, Aus- und Weiterbildung für Geringqualifizierte, verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Beseitigung der Benachteiligung von Frauen, Humanisierung der Arbeit, faire Verteilung der Arbeit statt gesundheitsschädliche Arbeitszeiten auf Abruf, Förderung benachteiligter Gruppen (inkl. MigrantInnen), altersgerechte Arbeitsplätze und vieles mehr.

Letztlich ist klar: Je mehr Menschen durch ihre Erwerbsarbeit bei einer gerechten Entlohnung ins Umlagesystem einzahlen, umso besser steht es auch um die Finanzierungsperspektiven für das öffentliche Pensionssystem. Es geht nicht darum, dass die Menschen erst immer später in Pension gehen dürfen. Vielmehr geht es um gute Erwerbschancen während des gesamten Erwerbslebens und um eine faire Entlohnung!

## Volle Verve für Vollbeschäftigung?

Wenn sich die EU-Kommission mit einer vergleichbaren Energie wie für ihr Mantra vom Zurückdrängen der öffentlichen Pensionen, für Vollbeschäftigung und gute Arbeitsbedingungen in Europa einsetzen würde, dann stünde Europa heute anders da. Stattdessen ist die Lage besorgniserregend, wie die EU-Kommission ganz leicht ihrem eigenen Sozial- und Beschäftigungsbericht entnehmen könnte: Manche Länder erreichen wirtschaftlich gerade einmal ihr Vorkrisenniveau oder liegen sogar noch darunter, die Armut bleibt erschreckend hoch, die Erwerbseinkommen bleiben deutlich zurück, die Ungleichheit steigt. Zudem sind die Arbeitsmärkte nachhaltig „beschädigt“: Die Zahl der Arbeits-

Langfristprojektionen der EU-Kommission zu den Pensionsausgaben in % des BIP



Quelle: EU-Kommission, Länderbericht für Österreich 2018; Eurostat; eigene Darstellung  
Foto: rmbuxelle / Fotolia.com

**Der Anteil der Älteren wächst massiv, dennoch steigen die Pensionsausgaben gemessen am BIP nur sehr moderat (Basisszenario) bzw. bleiben relativ stabil (Szenario 1).**

**Eine „Pensionsautomatik“ würde demgegenüber trotz der großen demografischen Verschiebungen die Pensionsausgaben (für die heute Jüngeren) deutlich unter das heutige Niveau drücken.**

suchenden und dauerhaft ausgegrenzten Personen ist weiterhin hoch, ebenso die der atypischen und oft nicht mehr existenzsichernden Beschäftigung. Davon betroffen sind oft Menschen und Familien, die es ohnedies schwer haben – allen voran Menschen mit gesundheitlichen und qualifikatorischen Einschränkungen, aber auch Menschen mit oft fürchterlichen Migrations- oder Fluchterfahrungen.

## Inakzeptables Niveau

Daran ändern leider auch Jubelmeldungen wie: „Es gab noch nie so viele Beschäftigte in der EU“, oder über den Rückgang der Arbeitslosenquote (von einem vor kurzem noch unvorstellbar hohen Niveau) relativ wenig. Faktum ist, dass Beschäftigungsstatistiken, die bereits Personen, die eine Stunde (in der Referenzwoche) gegen Entgelt gearbeitet haben, als erwerbstätig zählen, nichts über die Qualität der Erwerbsintegration aussagen und dass das Ausmaß an Beschäftigungslosigkeit nach wie vor in Europa ein völlig inakzeptables Niveau erreicht.

Klar sollte sein: Es gibt kein Ruhekitzen für die politisch Verantwortlichen. Vollbeschäftigung und gute Arbeit müssen bei der Millionenschar an Arbeitslosen, von Armut, Ausgrenzung, geringer Entlohnung und oft schwierigsten Arbeitsbedingungen betroffenen Menschen eigentlich ganz oben auf der Agenda stehen. Dem ist aber nicht so! Das ist geradezu fahrlässig, denn man könnte sogar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Eine zunehmende Verbesserung der Lebensrealität der Menschen und die nachhaltige Sicherung einer guten sozialen Absicherung trotz des fortschreitenden demografischen Wandels.

Europäischer Beschäftigungs- und Sozialbericht:

[tinyurl.com/ybkfskj2](http://tinyurl.com/ybkfskj2)

Länderspezifische Empfehlungen für Österreich:

[tinyurl.com/ydhxzfqq](http://tinyurl.com/ydhxzfqq)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren

[adi.buxbaum@akwien.at](mailto:adi.buxbaum@akwien.at)

[erik.tuerk@akwien.at](mailto:erik.tuerk@akwien.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Vorprogrammierter Streit

*Im mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 legt die EU ihre zukünftigen Prioritäten fest. Dabei wird die Frage des sozialen Zusammenhalts vernachlässigt.*

Monika Feigl-Heihs, Frank Ey  
Abteilung EU und Internationales  
der AK Wien

**G**ünther Oettinger ist in diesen Tagen nicht umsonst ein gefragter Mann. Immerhin geht es um das wohl wichtigste Projekt in der Amtszeit des EU-Haushaltskommissars: der mehrjährige EU-Finanzrahmen 2021–2027. Die Finanzierung von (Weiter-)Bildung, Infrastrukturprojekten, Forschung, Integrationsmaßnahmen und anderen Projekten soll für die nächsten sieben Jahre gesichert werden. Das Gezerre der Mitgliedstaaten um den EU-Haushalt ist allerdings jedes Mal groß, braucht es doch die Zustimmung von allen – und das bei durchaus konträren Interessen.

Bei jeder Verhandlung über einen neuen EU-Finanzrahmen stellen sich grundlegende Fragen wie: Wie viel darf die Europäische Union kosten? Wofür soll die EU überhaupt Geld ausgeben? Wer bezahlt und wer bekommt was zurück? Durch den für 2019 geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU ist die Herausforderung der Finanzierung des EU-Budgets dieses Mal noch delikater: Dadurch entsteht eine Finanzierungslücke von bis zu 14 Milliarden Euro jährlich für das EU-Budget. Wie soll diese Lücke also geschlossen werden?

## Zusätzliches Geld

Außerdem haben Merkel, Macron und Co. die Kommission damit beauftragt, dass die EU zusätzlich zu den der-

zeitigen Aufgaben für Agrarpolitik, Forschung, sozialen Zusammenhalt etc. im kommenden Finanzrahmen auch für Migration, Sicherheit, Verteidigung und Grenzschutz Geld reservieren soll. Woher soll dieses aber kommen? Die Spielwiese für die Verhandlungen zum nächsten EU-Haushaltsplan ist also konfliktreicher als üblich.

## Gekürzt oder erhöht?

Oettinger schlägt in seinem Plan vom Mai 2018 ein Budgetvolumen von 1.279,4 Milliarden Euro für 2021–2027 vor. Das sind 1,11 Prozent der europäischen Wirtschaftskraft (bzw. des Bruttonationaleinkommens – BNE). Zahlen sollten für sich sprechen, möchte man meinen. Aber dem ist nicht so, denn je nach Standpunkt bedeutet der Vorschlag für die einen eine Erhöhung, denn nominell sind es etwa 186 Milliarden Euro mehr als im Vergleich zum aktuellen Finanzrahmen. Die anderen wiederum argumentieren, dass der Kommissionsvorschlag tatsächlich auf eine Kürzung hinauslaufe: Denn die EU-27 (ohne Großbritannien) gibt aktuell 1,13 Prozent des BNE für ihr Budget aus.

Der Umgang mit den Zahlen zählt bereits zum politischen Kräfteressen. Im Kern geht es nämlich um die Untermauerung der eigenen Position: Für Bundeskanzler Sebastian Kurz ist der Entwurf nicht akzeptabel, die EU solle schlanker und effizienter werden. Er tritt für Kürzungen ein, ohne die Bereiche näher zu benennen. Skeptisch

sind auch die Niederlande, Dänemark und Schweden. Die meisten anderen EU-Länder wie Deutschland und Frankreich können sich hingegen einen EU-Haushalt in der vorgeschlagenen Höhe durchaus vorstellen.

Deutliche Kürzungen soll es nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission mit einem um neun Prozent geringeren Budget für die EU-Agrarpolitik geben. Die für Landwirtschaft zuständige Bundesministerin Elisabeth Köstinger läuft dagegen jedoch Sturm. Für Österreich würde das ein Minus von bis zu 125 Millionen Euro pro Jahr bei den Subventionen für die Landwirtschaft bedeuten. Für Ministerin Köstinger sind diese Kürzungen inakzeptabel, wobei sie damit jedoch im Widerspruch zu ihrem Parteikollegen Bundeskanzler Kurz steht, der für ein schlankeres EU-Budget eintritt. Die Landwirtschaft beansprucht mit dem Kommissionsvorschlag immer noch einen Anteil von rund 30 Prozent am gesamten EU-Haushalt, obwohl die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors rückläufig ist.

## Sparpläne

Gespart werden soll auch bei den **Strukturausgaben**, ein Minus von vier Prozent ist hier vorgesehen. Die Kürzung bei den Strukturgeldern trifft die osteuropäischen und baltischen Staaten am stärksten. Polen und Ungarn haben nicht nur deswegen Widerstand gegen den EU-Haushalt angekündigt. Als direkten Angriff werden sie den Vorschlag, die Auszahlung

von EU-Geldern an die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien – wie z. B. die Unabhängigkeit der Justiz – zu koppeln. Die beiden neonationalistischen Regierungen liegen in dieser Sache im Dauerstreit mit der Europäischen Kommission. Diese sieht aufgrund von massiven Eingriffen der polnischen und ungarischen Regierung die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der RichterInnen gefährdet.

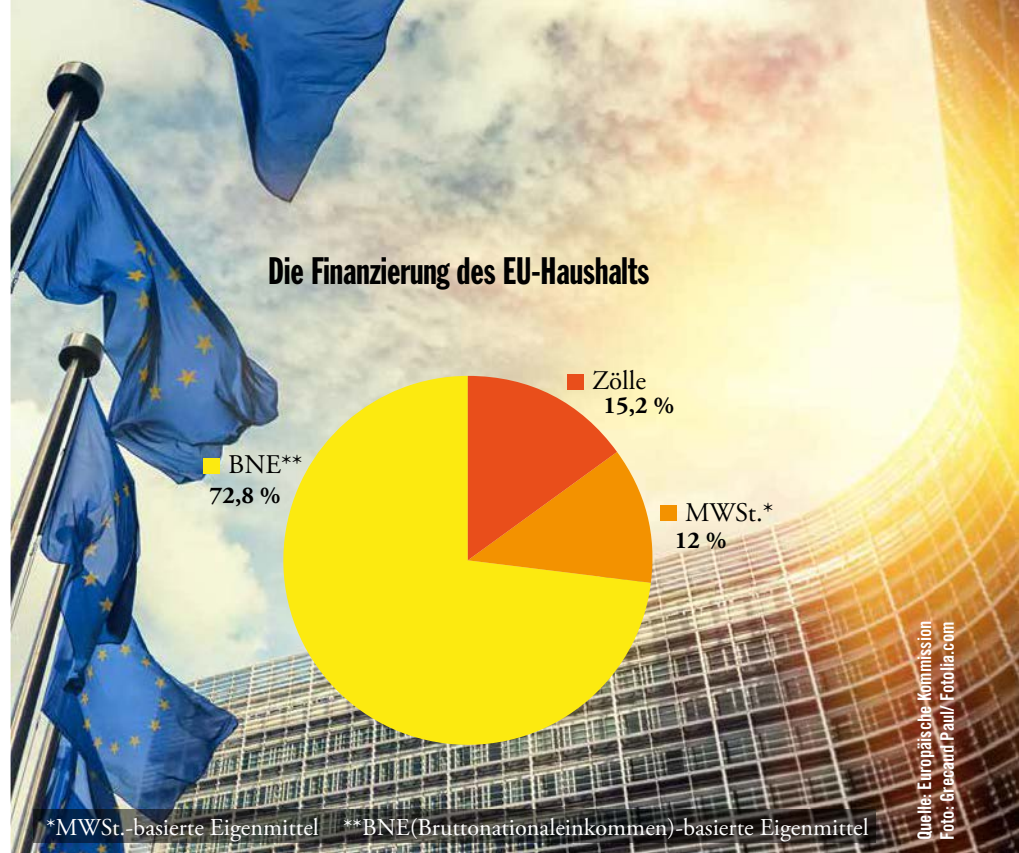
Mehr Geld plant EU-Haushaltskommissar Oettinger für den Schutz der europäischen Außengrenzen sowie für Verteidigung, Forschung und junge Menschen ein. Die Mittel für Migration und Grenzmanagement werden im Vergleich zum aktuellen Haushaltsplan damit beinahe verdreifacht, jene des Verteidigungsfonds sogar verfünffacht. Sehr kritisch muss hinterfragt werden, warum die öffentliche Hand mit dem EU-Verteidigungsfonds bis zu 100 Prozent der Forschungskosten privater Rüstungskonzerne tragen soll. In diesem Punkt wäre ein Einschreiten der österreichischen Ratspräsidentschaft für ein schlankes und effizientes EU-Budget sehr angebracht.

## Neue Mittel für den EU-Haushalt

Der EU-Haushalt speist sich zu 85 Prozent aus nationalen Beiträgen der Mitgliedstaaten, die sich aus Formeln errechnen, die auf dem Bruttonationaleinkommen sowie auf dem Mehrwertsteueraufkommen der einzelnen Mitgliedstaaten basieren. Der Rest sind Zolleinnahmen.

Um die nationalen Beiträge zu senken, schlägt Oettinger neue Einnahmen für den EU-Haushalt vor: 20 Prozent der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel, drei Prozent aus einer künftigen **europäischen Körperschaftsteuer** sowie einer neuen Steuer von 80 Cent pro Kilo für nicht wiederverwerteten Plastikmüll. Insgesamt sollen diese neuen Posten circa zwölf Prozent der Einnahmen abdecken. Ob das jedoch gelingt, ist mehr als fraglich:

» Eine europäische Körperschaftsteuer, die den Wettbewerb um Unternehmenssteuern in der EU unterbindet, ist grundsätzlich zu begrü-



**Das EU-Budget speist sich zu 85 Prozent aus Beiträgen der Mitgliedstaaten. Der Rest sind Zolleinnahmen. Für den neuen Haushalt schlägt die Europäische Kommission etwa ein um neun Prozent geringeres Budget für die EU-Agrarpolitik vor. Die Landwirtschaft beansprucht damit immer noch einen Anteil von rund 30 Prozent am gesamten EU-Haushalt, obwohl die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors rückläufig ist.**

ßen. Allerdings wird diese seit Jahren ohne Ergebnis auf EU-Ebene verhandelt und das Ziel, zumindest eine Untergrenze für den Steuersatz festzulegen, fehlt gänzlich.

- » Die Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel werden überschaubar bleiben, solange der Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> bei unter fünf Euro liegt.
- » Auch die neue Plastiksteuer stößt auf Widerstand. So hat Ministerin Köstinger dieser bereits eine Absage erteilt.

## Vollbeschäftigung als Ziel

Ein zentraler Auftrag der EU lautet, die wirtschaftlichen und sozialen Spaltungen zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu überwinden sowie für Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt zu sorgen. Diese Ziele kommen im Oettinger-Vorschlag leider zu kurz. Neben der Senkung der Strukturausgaben ist auch der Europäische Sozialfonds, das wichtigste Instrument zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration, von Kürzungen betroffen. Eine höhere Dotierung wäre

angesichts diverser Problemlagen am Arbeitsmarkt wie z. B. Langzeitarbeitslosigkeit, fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche, prekärer Arbeitsverhältnisse jedoch dringend notwendig. Das entspricht den Bedürfnissen der Mehrheit der EuropäerInnen und ist damit der höchste europäische Mehrwert, der erreicht werden kann.

Dafür sollte sich auch die österreichische Regierung im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft nachdrücklich einsetzen. Der Wunsch der Kommission ist es, die Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen bis Mai 2019 abzuschließen. Ob das möglich ist, bleibt angesichts der kontroversiellen Vorstellungen der Mitgliedsländer aber fraglich.

Blogtipp:

[awblog.at/eu-budget-zukunft](http://awblog.at/eu-budget-zukunft)

Wie die EU-Haushaltsmittel ausgegeben werden:  
[tinyurl.com/yd5w8dcw](http://tinyurl.com/yd5w8dcw)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen  
[frank.ey@akwien.at](mailto:frank.ey@akwien.at)  
[monika.feiglheis@akwien.at](mailto:monika.feiglheis@akwien.at)

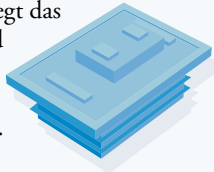
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# EU-Institutionen *im Überblick*

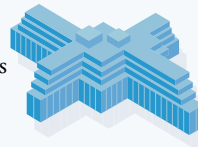
## Europäischer Gerichtshof

Der Gerichtshof legt das EU-Recht aus und gewährleistet die Anwendung in allen EU-Ländern.



## Europäische Investitionsbank

Unterstützt die Entwicklung des Binnenmarkts im Interesse der Union.



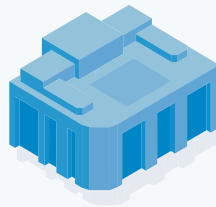
## Europäischer Rechnungshof

Prüft fortlaufend die Rechtmäßigkeit und ordnungsgemäße Verwendung aller Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union.

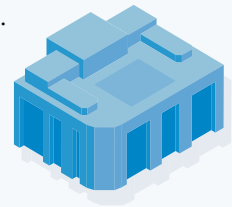


## Europäische Institutionen

Pro Mitgliedstaat je ein/e VertreterIn. Übt zusammen mit dem Parlament die Rechtsetzung aus.



Ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs. Er gibt Impulse und legt politische Zielvorstellungen für die Entwicklung der EU fest.



## Rat der Europäischen Union

## Europäischer Rat



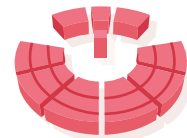
bilden



bilden



Nationale Regierungen



Nationale Parlamente

oder je nach System

wählen



BürgerInnen der Staaten



**Ausschuss der Regionen**

Die Versammlung der Regional- und KommunalvertreterInnen der Europäischen Union.



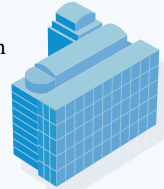
**Europäische Zentralbank**

Die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Währungsunion bildet mit den nationalen Zentralbanken das Europäische System der Zentralbanken.

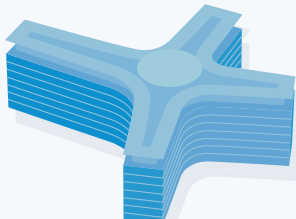


**Wirtschafts- und Sozialausschuss**

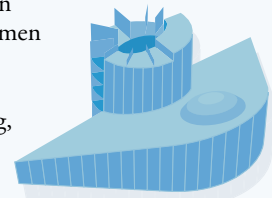
In ihm sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Interessengruppen (etwa VerbraucherInnen) vertreten.



Ähnlich einer Regierung nimmt sie vor allem Aufgaben der Exekutive wahr, hat bis auf einige Ausnahmen das alleinige Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren und überprüft z. B. die Einhaltung des Europarechts.



Setzt sich aus direkt gewählten Europa-Abgeordneten zusammen und besteht aus 750 Sitzen zuzüglich PräsidentIn. Es hat Funktionen bei Gesetzgebung, Budgetierung und Kontrolle.



schlägt PräsidentIn vor

**Europäische Kommission**

wählt PräsidentIn

**Europäisches Parlament**

ernennen

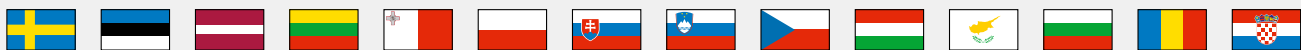
wählen  
oder  
ernennen



**PräsidentIn**

**Europawahl**

In jedem Mitgliedstaat alle fünf Jahre, nach unterschiedlichen Wahlsystemen



**BürgerInnen der Staaten**



# Business as usual trotz Skandalen

*Wie Großkonzerne die EU-Gesetzgebung beeinflussen und welche Politik im Interesse der BürgerInnen notwendig wäre.*

Frank Ey, Monika Feigl-Heihs  
Abteilung EU und Internationales  
der AK Wien

**F**ast fünf Jahre ist es her, dass die EU-Politik von einem riesigen Skandal erschüttert wurde: Gerade rechtzeitig zur Bestellung von Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsident wurde bekannt, dass Luxemburg Konzernen wie Amazon, Apple, Ikea oder Pepsi über Jahre umfangreiche Steuervergünstigungen eingeräumt hat.

## Verluste für die anderen

Für viele EU-Mitgliedstaaten bedeuten die luxemburgischen Agreements Steuerverluste in Milliardenhöhe, weil Konzerne und Superreiche ihre Gelder nach Luxemburg transferierten, um die Zahlung von Steuern in ihren ursprünglichen Sitzländern zu umgehen. Juncker,

der als langjähriger luxemburgischer Premierminister die Steuervergünstigungen zu verantworten hatte, geriet durch diesen Skandal stark unter Druck. Er gelobte, als Kommissionspräsident für mehr Transparenz zu sorgen und den aggressiven Steuervermeidungstricks der Konzerne ein Ende zu bereiten.

## Pläne zur Regulierung

Jean-Claude Juncker hat in den vergangenen Jahren tatsächlich einige Maßnahmen gesetzt, um die Umgehung der Gewinnsteuerzahlungen durch Konzerne zu erschweren. So hat die Europäische Kommission Folgendes vorgeschlagen: Unternehmen sollten verpflichtet werden, ihre Gewinne für alle Mitgliedsländer offenzulegen, in denen sie wirtschaftlich tätig sind. Transparenz sollte kreative Steuersparmodelle unterbinden.

Die Pläne der Kommission haben jedoch sehr rasch die Wirtschaftslobby auf den Plan gerufen, wie eine neue Studie zeigt, die von der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) in Kooperation von Arbeiterkammer und ÖGB durchgeführt wurde. Ganz vorne mit dabei: Die vier größten Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften Deloitte, Ernst & Young, KPMG und PricewaterhouseCoopers (PwC) – die „Big Four“ der Branche. Ihr Geschäft ist es, ihren KundInnen Steuersparmodelle zu verkaufen. Gleichzeitig profitieren sie als Großkonzerne selbst davon.

## Steuervermeidung

Die Studie stellt penibel dar, wie die Big Four bei der Politik im Sinne der Steuervermeidung eingreifen. Noch



bevor die Kommission ihren Rechtsvorschl ag für mehr Transparenz vorgelegt hatte, betonte Ernst & Young, dass wirtschaftlich sensible Informationen von der Veröffentlichungspflicht ausgenommen werden sollten. Deloitte wiederum forderte eine Freiwilligkeit bei der Umsetzung des Rechtsakts. Die Versuche der Big Four, bereits den Kommissionsvorschl ag zu verwässern, verfehlten ihr Ziel. Infolge der Veröffentlichung der Panama Papers, ein Konvolut an Dokumenten über Steuervermeidung von Konzernen, PolitikerInnen und Prominenten, schlug die Kommission verbindliche Offenlegungspflichten für Unternehmensgewinne vor.

Daraufhin lobbyierten die Big Four im Europäischen Parlament. Die massiven Interventionen bei EU-Abgeordneten führten zum gewünschten Erfolg: Einige MandatarInnen der Europäischen Volkspartei und der Liberalen brachten Änderungsvorschläge ein, die Ausnahmen von der Offenlegung bei wirtschaftlich sensiblen Daten vorsahen. Die Änderung setzte sich im EU-Parlament durch. Die dadurch geschlagene Lücke in der Gesetzgebung ermöglicht es Konzernen, ihre tatsächlichen Gewinne in den einzelnen Ländern nach wie vor zu verschleiern.

Drehscheibe des Einflusses der Big Four ist aber die Kommission. Jedes Jahr vergibt sie an die vier großen Wirtschaftspr ufungskonzerne Aufträge in Millionenhöhe: Im Jänner 2018 waren es 10,5 Millionen Euro an PwC, Deloitte und KPMG für Studien zu diversen Fragen der Steuergesetzgebung und von Zöllen. Worum es dabei genau geht, entscheidet die Kommission erst von Fall zu Fall.

### Lobbys dabei, Zivilgesellschaft kaum

Damit nicht genug: Bis heute sitzen VertreterInnen der Wirtschaftsprüfungsunternehmen in ExpertInnengruppen der Kommission, in denen es um Empfehlungen in Steuerangelegenheiten geht. VertreterInnen der Zivilgesellschaft, die sich für eine faire Steuergesetzgebung einsetzen, kann man in diesen Gruppen hingegen vergeblich suchen.

Auch in der Personalpolitik von Kommission und Big Four zeigt sich ein schiefes Bild, denn auf beiden Seiten gibt es einen regen Personalaustausch. So ist der frühere Finanzkommissar Jonathan Hill nun Berater bei Deloitte. EU-Beamte in der Generaldirektion für Steuern und Zoll wiederum waren früher bei Ernst & Young und Deloitte beschäftigt. Diese personelle Austauschbeziehung gibt es im übrigen auch auf Ratsebene: So waren viele nationale Steuerattach es aus verschiedenen Mitgliedstaaten früher MitarbeiterInnen bei den Big Four.

Die Kommission holt also Expertise für Gesetzesvorschläge zur Eind amfung von Steuervermeidung bei jenen Konzernen ein, die einerseits mit Steuervermeidung im großen Stil ihr Geld verdienen und andererseits gegen zu strenge Regulierungen Lobbying betreiben. Damit sind Deloitte, Ernst & Young, KPMG und PwC die großen Gewinner. Interessenskonflikte sieht die Kommission hier offenbar keine.

### Großer Einfluss

Die Vernetzung der Big Four mit den EU-Institutionen sichert den Wirtschaftspr ufungskonzernen jedenfalls einen großen Einfluss auf die EU-Gesetzgebung. Am Ende bleiben nicht nur effektive Regelungen gegen Steuervermeidung auf der Strecke, sondern generell die Anliegen der B urgerInnen. Denn in Brüssel geben die Großkonzerne und deren LobbyistInnen den Ton an. Sie haben privilegierten Zugang zu den EU-Institutionen und die finanziellen und personellen Ressourcen für gezieltes Lobbying. Andere Interessen – wie jene der ArbeitnehmerInnen – sind gegenüber der Wirtschaftsseite hingegen stark unterrepr esentiert. Das Verhältnis der Vertretung zwischen Gewerkschaften und der Wirtschaft in Brüssel beträgt 1:65!

Die Zivilgesellschaft fordert daher bereits seit Jahren ein verpflichtendes Verzeichnis aller Organisationen und Personen, die Lobbying gegenüber der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat betreiben. Bisher gibt es dieses **Transparenzregister** nur freiwillig für die Kommission und das

Europäische Parlament. Seit Anfang 2018 verhandeln die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat über eine Reform des Registers. Die EU-Abgeordneten haben sich bereits darauf verständigt, dass sie sich nur mit im Register eingetragenen InteressenvertreterInnen treffen und Termine mit den LobbyistInnen öffentlich einsehbar sein sollen. Eine Verpflichtung dazu soll es aber nicht geben. Der Rat hat sich bislang noch nicht entschieden, überhaupt am Transparenzregister teilzunehmen. Es liegt nun an der  sterreichischen Ratspräsidentschaft, ob es bis Ende des Jahres zu einem Abschluss der Verhandlungen kommt und ob sich das Ergebnis sehen lassen kann.

Notwendig wäre es auch, dass die Kommission ihre ExpertInnengruppen ausgewogen besetzt und verstärkt VertreterInnen von ArbeitnehmerInneninteressen und der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen zu Rate zieht. Auf diesem Weg könnte die Gesetzgebung auf EU-Ebene verstärkt zum Wohle aller B urgerInnen erfolgen – und nicht nur die Interessen der Konzerne bedienen.

### Fortschritte halten sich in Grenzen

Egal, ob Steuervermeidung oder Transparenzregister: Die Fortschritte unter der  gide von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker halten sich in engen Grenzen. Ob sich daran etwas ändert, wird auch jede Wählerin und jeder Wähler bei den nächsten Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 mitentscheiden. Je nach Mehrheitsverhältnissen gibt es dann entweder die Chance auf neue politische Initiativen – oder es bleibt alles beim Alten.

---

Studie „Wie die Big Four die EU-Politik zur Steuervermeidung mitgestalten“:

[tinyurl.com/y7xk63ye](http://tinyurl.com/y7xk63ye)

EU-Kommission: Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Steuervermeidung

[tinyurl.com/ybyn5c8n](http://tinyurl.com/ybyn5c8n)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen

[frank.ey@akwien.at](mailto:frank.ey@akwien.at)

[monika.feiglheis@akwien.at](mailto:monika.feiglheis@akwien.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Schluss mit den Tricks!

*Die EU-Kommission hat vielversprechende Vorschläge für gleiche Standards bei der Unternehmensbesteuerung gemacht. Nicht zuletzt Österreich bremst aber.*

**Dominik Bernhofer**

*Abteilung Steuerpolitik der AK Wien*

**D**ie Diskussion über eine Harmonisierung der Körperschaftsteuer auf Europäischer Ebene ist beinahe so alt wie die EU selbst. Der letzte Vorschlag der Europäischen Kommission ist aus dem Jahr 2016. Seitdem diskutieren die Mitgliedstaaten darüber – bislang ohne Erfolg. Um das Thema politisch voranzutreiben, hat die Kommission die Harmonisierung mit der Neuverhandlung des EU-Budgets verknüpft. Der Vorschlag: Ein Teil der Eigenmittel der Union soll aus einer EU-weit harmonisierten Bemessungsgrundlage kommen. Auch wenn fraglich ist, ob sich dieser Ansatz durchsetzen wird, ist eine Harmonisierung an sich nicht völlig unrealistisch. So gelten für die Umsatzsteuer schon seit 1977 einheitliche Regeln. An Vorbildern mangelt es also nicht, allenfalls am politischen Willen.

## Die Vorschläge der Kommission

Konkret hat die EU-Kommission zwei Vorschläge für Richtlinien vorgelegt: Einen zur Harmonisierung der unterschiedlichen Gewinnermittlungssysteme und einen zur Konsolidierung der Gewinne. Gelten sollen die Vorschläge für Großkonzerne mit einem Umsatz von 750 Milliarden Euro oder mehr. Laut den Berechnungen der Kommission betrifft das nur 1,6 Prozent aller Unternehmen, aber 64 Prozent der Umsätze. Die wichtigste Neuerung ist die Konsolidierung: Bislang wurde der Gewinn für jede Teilgesellschaft des Kon-

zerns getrennt ermittelt und in jenem Staat besteuert, in dem die jeweilige Teilgesellschaft ihren Sitz hat. Diese Regelung machte es attraktiv, die Gewinne zwischen den Teilgesellschaften hin und her zu schieben, um dadurch die Steuerbelastung des Gesamtkonzerns zu reduzieren.

## Zentrale Gewinnermittlung

Künftig soll das nicht mehr möglich sein, weil die Gewinnermittlung für alle europäischen Aktivitäten zentral auf Ebene der Konzernmutter erfolgt. Der Gesamtgewinn wird dann mit einer einfachen Formel (gemäß Beitrag zur Wertschöpfung) auf die Teilgesellschaften in den Mitgliedstaaten aufgeteilt. Ein solches System gibt es in ähnlicher Form auch in den USA und Kanada. Die Kommission erhofft sich dadurch nicht nur eine Verringerung der Befolgungskosten für die Unternehmen, sondern eben auch ein Ende der Gewinnverschiebungen innerhalb der EU. Damit wurde die Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) innerhalb kürzester Zeit zum Hoffnungsprojekt für WirtschaftsvertreterInnen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Bloß, wie realistisch sind die hohen Erwartungen? Viel hängt davon ab, ob sich die FinanzministerInnen auf ein Gesamtpaket verständigen (also die Harmonisierung und die Konsolidierung beschließen) oder sich auf die Harmonisierung beschränken. Die Vorteile hinsichtlich der Verwaltungskosten und Gewinnverschiebungen bringt nämlich vor allem die Konsoli-

dierung. Die Harmonisierung ist „nice to have“, aber nicht mehr als ein erster Schritt. Nicht von ungefähr hat die Kommission für ihre Entscheidung, den ursprünglich einheitlichen Vorschlag einer GKKB auf zwei Richtlinien aufzuteilen, viel Kritik einstecken müssen. Und diese Kritik ist berechtigt, denn die aktuelle politische Diskussion auf Ebene der FinanzministerInnen geht eindeutig in Richtung Harmonisierung ohne Konsolidierung. So will die österreichische Ratspräsidentschaft über die Konsolidierung erst reden, wenn die Harmonisierung ausreichend Fortschritte gemacht hat. Und auch Deutschland und Frankreich haben sich in der Meseberger Erklärung allein auf die Harmonisierung konzentriert.

## Ende der Schlupflöcher

Was bringt eine Harmonisierung der Gewinnermittlung? Bei aller berechtigten Skepsis darf nicht vergessen werden, dass auch eine Harmonisierung durchaus Vorteile bringt. Denn eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen bringt ein Ende der Schlupflöcher wie Patentboxen und Sonderabsprachen (Lux Leaks) mit sich, die bislang für einen wesentlichen Teil der Gewinnverschiebungen innerhalb von Europa verantwortlich waren. Auch die Einführung einer digitalen Betriebsstätte (die auf Wunsch von Kommission und Parlament noch nachträglich in den Vorschlag eingebaut werden soll) wäre im Rahmen der Harmonisierung umsetzbar.



Nicht stoppen kann die Harmonisierung den grassierenden Steuerwettbewerb. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz der EU-Länder von über 35 Prozent auf nunmehr unter 25 Prozent gesunken. Ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar, im Gegenteil: Die Harmonisierung könnte den Steuerwettbewerb sogar noch verschärfen, weil sie ihn transparenter macht. Wegen der unterschiedlichen Gewinnermittlungsvorschriften war es für die Wirtschaft bislang praktisch unmöglich, die effektive Steuerlast zu ermitteln und zu vergleichen. Dies wird künftig kein Problem mehr sein. Bei gleicher Bemessungsgrundlage werden Länder mit einem niedrigeren Steuersatz künftig noch attraktiver sein als bisher, der Druck auf Länder mit hohen Steuersätzen wird damit weiter steigen. Das einzig wirksame Mittel dagegen, da sind sich alle ExpertInnen einig, ist die Einführung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes. Verhindert wird er von marktgläubigen Konservativen und Liberalen, denen die Unternehmenssteuersätze nicht niedrig genug sein können.

### Diverse „Zuckerl“ für die Wirtschaft

Besonders kritisch sieht die AK die diversen „Zuckerl“ für die Wirtschaft, die der Vorschlag der Kommission zur Harmonisierung der Unternehmenssteuern vorsieht. Neben einem Superabzug für Forschung und Entwicklung soll künftig auch ein etwaiger Zuwachs im Eigenkapital von der Steuer abgesetzt werden können. Die Kommission erhofft sich

davon einen zusätzlichen Anreiz zur Stärkung der Eigenkapitalbasis. Eine ähnliche Begünstigung gab es kurzzeitig auch in Österreich, sie wurde aber wegen chronischer Mitnahmeeffekte nach nur drei Jahren wieder gestrichen. Daneben will die Kommission eine Verrechnungsmöglichkeit für ausländische Verluste einführen. Das hieße, dass die im Ausland erwirtschafteten Verluste (auch ohne Konsolidierung) vom inländischen Gewinn abzugsfähig sein werden. Der Vorschlag käme einer europaweiten Einführung der österreichischen Gruppenbesteuerung gleich und böte den Konzernen das Beste aus zwei Welten. Sie dürfen die Verluste grenzüberschreitend verrechnen, können die Gewinne aber weiterhin beliebig in der EU verschieben.

### Unnötige Begünstigungen

Die AK lehnt diese Begünstigungen als unnötig ab und ist mit ihrer Kritik nicht allein. Nachdem das Europäische Parlament in seinem Bericht bereits etliche Einschränkungen gefordert hatte, stellen auch Deutschland und Frankreich in der Meseburger Erklärung klar, dass diese Begünstigungen in einer EU-weit harmonisierten Bemessungsgrundlage nichts verloren haben. Im Gegenteil, sie wollen die harmonisierte Bemessungsgrundlage noch stärker gegen Gewinnverschiebungen absichern. Dazu schlagen sie unter anderem ein Abzugsverbot für Zins- und Lizenzzahlungen in Steueroasen vor, das in Österreich seit 2014 bereits sehr erfolgreich angewendet wird. Damit dürfen Zins- und Lizenzzahlungen an konzerneigene Gesellschaften in

Niedrigsteuerländern nicht mehr als Betriebsausgabe abgezogen werden und unterliegen dem österreichischen Steuersatz von 25 Prozent.

### Wie geht es weiter?

Die Vorschläge der Kommission werden unter österreichischem Vorsitz weiter diskutiert. Letztlich geht es wie immer vor allem um eines: Geld. Da die finanziellen Verschiebungen zwischen den Ländern durch eine Harmonisierung geringer sind als durch eine Konsolidierung, hat die Harmonisierung höhere Realisierungschancen. Richtig gemacht bietet sie durchaus Chancen im Kampf gegen die Steuertricks der Konzerne. Dazu sind aber einige Adaptierungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag nötig. Einerseits müssen die unnötigen „Zuckerl“ für die Wirtschaft gestrichen werden, andererseits braucht es endlich Antworten auf den Steuerwettbewerb in der EU. Ein europaweiter Mindeststeuersatz ist das Gebot der Stunde. Wird er nicht umgesetzt, könnte der Steuerwettbewerb in der EU künftig sogar noch intensiver werden.

Vorschlag der EU-Kommission zur Steuerharmonisierung:  
[tinyurl.com/y9b237b8](https://tinyurl.com/y9b237b8)

Infoseite des Europäischen Parlaments zum Thema:  
[tinyurl.com/y8n5p688](https://tinyurl.com/y8n5p688)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[dominik.bernhofner@akwien.at](mailto:dominik.bernhofner@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Ohne soziales Europa WIRD DIE EU SCHEITERN

*Der Spitzendiplomat Wolfgang Petritsch über den Wohlfahrtsstaat als zentrales Element der EU, Erwartungen am Balkan, populistische Rattenfänger und die problematische Rolle der aktuellen österreichischen Regierung.*

Interview: Sonja Fercher | Fotos: Michael Mazohl

## **Arbeit&Wirtschaft: Braucht es eigentlich ein soziales Europa?**

Wolfgang Petritsch: Ich vertrete hier eine sehr klare These: Ohne soziales Europa wird diese Europäische Union nicht wirklich erfolgreich sein und damit als Projekt scheitern. Warum? Weil die europäische und vor allem die westeuropäische Erfahrung nach 1945 der europäischen Wohlfahrtsstaat ist.

Ich glaube, dass kollektive historische Erinnerungen gerade für das europäische Einigungsprojekt eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wir reden immer wieder von der kulturellen und von der historischen Einheit dieses Kontinents und von der Demokratie in Athen. Aber meiner Meinung nach ist die wirklich entscheidende Erfahrung des 20. Jahrhunderts, dass es ein absolutes Kontrastprogramm zu dem gibt, was in der ersten Hälfte stattgefunden hat, und das ist der Sozialstaat. Das ist einfach ein Faktum.

Dass dieser in der Form, wie er ab 1945 aufgebaut worden ist, wahrscheinlich nicht mehr zeitgemäß ist, sondern sich den veränderten Gegebenheiten anpassen muss, das ist ja eh klar. Das liegt in der Natur der Sache. Aber der Kern ist, dass der Mensch soziale Sicherheit neben anderen Aspekten von Sicherheit als zentral betrachtet – das muss einfach jedem Politiker klar sein.

**Wobei momentan die Sicherheit ohne die soziale Sicherheit eine viel wesentlichere Rolle spielt. Das Soziale scheint in den Hintergrund gerückt zu sein.**

Das ist dem amerikanischen, globalen Krieg gegen den Terror geschuldet,

wo man sagt, dass dieser die größte Gefahr ist. Das ist empirisch völlig daneben, denn wenn man die Zahlen vergleicht, wer wodurch stirbt, dann kennt man die wirklichen Gefahren, und das sind gerade die sozialen Bedingungen in einer Gesellschaft ganz entscheidend.

**Das soziale Europa hat es auch vor „9/11“ nicht gerade leicht gehabt.**

Absolut. Wir leben eben immer noch unter den neoliberalen Vorzeichen, die zwar in einzelnen Staaten, wie zum Beispiel Österreich, abgeschwächt worden sind. Letzten Endes glaube ich, dass die Ursache für den Populismus, der jetzt so überhandnimmt, darin liegt, dass der Mensch sich nicht sicher fühlt. Der Populismus macht die militärische Sicherheit, die Abwehr nach außen hin zum Hauptthema.

Aber dahinter steckt tatsächlich viel mehr: eben die Erfahrung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das heißt, dass es so etwas wie eine umfassende Sicherheit geben kann und diese Sicherheit durch die bekannten Maßnahmen hergestellt wird: Angefangen damit, dass man ein halbwegs gutes Leben führen kann über die Arbeitsplatzsicherheit bis hin zur Pension. All das spielt eine viel entscheidendere Rolle, der Mensch ist ja ein soziales und nicht so sehr ein militärisches Wesen.

**Wie kommt es, dass konservative Parteien dem Sozialen nur noch so wenig Wert beimessen?**

Zuerst hat der Populismus die Parteien links der Mitte getroffen, jetzt auch jene rechts der Mitte. Diese wirren

Reaktionen wie in Bayern sind hilflose Versuche, sich tagespolitisch noch über die nächste Wahl zu retten. Völlig defensiv natürlich, weil man die Inhalte aufgegeben hat, wofür eine christlich-soziale Partei stehen soll.

Vorher hat die Sozialdemokratie mit dem **Dritten Weg** eine Richtung eingeschlagen, die in eine sozialdemokratische Sackgasse geführt hat. Dies geschah eher aus der Ratlosigkeit heraus, wie man der Globalisierung und dem Neoliberalismus beikommt. Das musste natürlich scheitern, und da müssen wir wieder raus.

Das Interessante ist ja, dass der Neoliberalismus die Krise von 2007 in einer wirklich befremdlichen Art und Weise überlebt hat. In Wirklichkeit ist die Rolle des Staates bei der amerikanischen und europäischen Bankenrettung ganz entscheidend gewesen. Wenn man das damit vergleicht, was als Konsequenz dieser Krise für den Sozialbereich gemacht worden ist, etwa bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder der Arbeitslosigkeit im Allgemeinen: Das ist ja lächerlich! Die Europäische Union hat mehrere hundert Milliarden für die Bankenrettung ausgegeben und nur ein Zehntel davon für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit budgetiert.

Das merken die Menschen. Nur laufen sie den Rattenfängern der Rechtspopulisten nach, die diese Schlacht gewinnen – im Augenblick. Aber ich bin überzeugt, dass das nicht einfach gegeben ist, sondern ich sehe da durchaus Alternativen, und die liegen zum Beispiel in einem sozialen Europa.

Der gebürtige Klagenfurter **Wolfgang Petritsch** hat lange auf dem Balkan gearbeitet. Im Jahr 1999 wurde er EU-Sonderbeauftragter für das Kosovo und fungierte als EU-Chefverhandler bei den Kosovo-Friedensverhandlungen. Von 1999 bis 2002 war er Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft in Bosnien. Anschließend wechselte er aufs internationale Parkett: Bis 2008 war er österreichischer Botschafter bei der UNO in Genf, danach Leiter der österreichischen Vertretung bei der OECD in Paris. Von 2013 bis 2014 war er Schumpeter-Fellow in Harvard. Momentan ist er Präsident der Austrian Marshall Plan Foundation.



Wenn ich zum Beispiel an einen Herrn Kurz denke, der sagt, es wird nie ein soziales Europa geben: Da merkt man eben, dass er keine Ahnung hat, was einen Wohlfahrtsstaat eigentlich ausmacht, und wie wichtig die Unterstützung derer ist, die sich schwertun – für die Menschen und für eine Gesellschaft des Ausgleichs.

***Zählt Kurz zu einer Generation, die jene Bedeutung bereits vergessen hat, die Sie anfangs betont haben?***

Der Erfolg dieser ersten wichtigen Phase der Europäischen Integration ist ja, dass es seit 70 Jahren keinen Krieg im integrierten Europa gab – außer natürlich in Jugoslawien. Das wollte man fortschreiben, wegen des großen Erfolgs prolongieren sozusagen. Das geht aber nicht. Man muss sich der neuen Fragestellungen annehmen. Heute stellt sich natürlich die soziale Frage ein bisschen anders. Die junge Generation arbeitet im Prekariat und fühlt sich nicht nur vom Staat in dieser Form nicht vertreten. Außerdem herrscht auch ein größeres Selbstbewusstsein, dass man die Welt selbst erobern kann. Daraus spricht natürlich der Neoliberalismus, der sagt: Du bist derjenige, der für dein Schicksal verantwortlich ist.

Das ist aber eine sehr kurzfristige Sicht, denn es gibt Menschen, die aus diesem Schema rausfallen, und das sind sehr viele – und um die muss man sich kümmern. Man muss darauf schauen, wie man beim Sozialstaat Freiheit und soziale Unterstützung auf einen Nenner bringen kann.

***Macht eine nochmalige Erweiterung der EU denn noch Sinn oder überdehnt sie sich damit?***

Ich glaube, es ist wichtig zu fragen: Was sind die Kosten für die Sicherheit eines Europas, das noch nicht voll integriert ist, das noch nicht alle Regionen inkorporiert hat? Für den Balkan zum Beispiel stellt sich heraus: Egal, ob weitere Länder in absehbarer Zeit beitreten oder nicht – die politischen oder finanziellen Kosten für die Entwicklung tragen wir. Insofern stimmt die Rechnung nicht, dass man sich etwas erspart, wenn man diese Länder draußen lässt.

Ich bin kein unkritischer Befürworter der Erweiterung, denn gerade, wenn es um die Staaten Ex-Jugoslawiens geht, sehe ich die neue Gefahr, dass in diesem gespaltenen Europa die Orbans und Kaczynskis noch zusätzlich gestärkt werden. Denn sie haben eine ähnliche Geschichte, eine der Nicht-Demokratie. Das muss schon seriöser Weise gesagt werden.

Ich stehe deshalb dem Mantra, auch der österreichischen Außenpolitik, kritisch gegenüber, das besagt: Wir wollen den Balkan drinnen haben. Ich will ihn natürlich auch drinnen haben, aber die Frage ist: Unter welchen Bedingungen und in welcher Form stärkt es das Einigungsprojekt und wann schwächt es dieses sogar? Ich glaube aber auch nicht, dass man sagen kann, dass sie nie beitreten können – im Gegenteil.

Die größte Herausforderung ist wahrscheinlich nicht so sehr eine wirtschaftliche oder politische. Es ist diese fast ideologische, ideengeschichtliche Herausforderung, dass es dort eben wenig Traditionen der Demokratie oder einer liberalen Gesellschaft gibt. In diese Richtung muss man arbeiten. Dafür muss man viel stärker auch mit der Zivilgesellschaft kooperieren, die in Ex-Jugoslawien sehr lebendig ist, oder mit den Gewerkschaften, den Interessenvertretungen und so weiter. Das halte ich für enorm wichtig, und das geschieht meiner Meinung nach zu wenig.

***Apropos Gewerkschaften: Wie nehmen Sie deren Rolle innerhalb der EU wahr? Es wird bisweilen der Eindruck vermittelt, sie hätten gar keine mehr.***

Ja, das ist der Eindruck. Das hängt auch damit zusammen, dass die EU-Kommission immer noch so etwas wie ein neoliberales Projekt verfolgt. Früher gab es die Sozialistische Internationale, und zwar noch bevor es die EU gab. Jetzt gibt es eine Internationale der Industrie und nicht von den VertreterInnen eines sozialen Europas. Das halte ich für ein riesengroßes Problem. Ich glaube, dass sich die Gewerkschaften stärker europäisieren müssen.

***AK und Gewerkschaften halten dem Druck der Lobbys mit ihren zwei Brüsseler Büros sehr tapfer entgegen.***

Ja, das stimmt, die machen sehr viel. Aber allein schon die finanzielle Ausstattung der Industrielobby ist um einiges größer. Auch das ist wiederum Folge einer Neoliberalisierung der europäischen Politik. Und da müsste man nicht nur dagegenhalten, sondern noch stärker alternative Ideen und Projekte entwickeln.

***Momentan scheinen „-exits“ fast schon in Mode zu sein. Besteht die Gefahr, dass die EU zerfällt?***

Ich habe die längste Zeit geglaubt, die EU ist sozusagen fix. Die EU ist auch nicht durch externe Kräfte oder

durch den Beitritt von neuen Staaten per se gefährdet, sondern von innen heraus. Ich halte diese Tendenz wirklich für brandgefährlich – weniger in Osteuropa, weil dort ist es historisch teilweise noch nachvollziehbar, sondern mehr in Westeuropa.

Österreich hat da gewissermaßen eine Art Brückenfunktion im negativen Sinn. Wenn sogar die demokratischen Bastionen in Westeuropa so sehr infrage gestellt werden – in Großbritannien, aber auch in den Niederlanden oder in Deutschland mit der AfD – dann ist, glaube ich, die österreichische Seele relativ rasch dabei zu sagen: Na ja, schauen wir uns das einmal an. In dem vorausseilenden Gehorsam oder Opportunismus ist der Österreicher ja wirklich ein Champion. Das hat im Grunde mit der eigenen historischen Erfahrung mit Demokratie zu tun – die ist ja auch nicht so brillant.

Wir sind also sicher keine Verteidiger, sondern eher Follower von Trends. Das eigentliche Problem für mich ist, dass jetzt EU-Staaten, die so toll dastehen wie Österreich – wirtschaftlich, gesellschaftlich, wo also viel von dem abgewendet wurde, was der Neoliberalismus brachte –, ihre Stärken nicht nützen, sondern opportunistisch abgleiten. Und zwar in eine Richtung, die letzten Endes für uns nicht gut sein wird. Wir sind zu Besserem fähig, das ist das Stichwort.

Sich in Richtung **Visegrád** zu orientieren: Was soll das? Wir haben uns sogar zu Zeiten des Kalten Krieges ganz eindeutig in Richtung Westen orientiert, am westlichen Wohlfahrtsstaat, ohne dass wir die Beziehungen zur Sowjetunion oder zu Osteuropa abgebaut hätten. Das war immer da und das ist auch wichtig.

***Noch einmal zurück zum Balkan: Wie groß sind denn die Erwartungen an die EU oder ist da eine gewisse EU-Müdigkeit zu spüren?***

Wenn ich dort unterwegs bin, werde ich immer wieder gefragt: Wie lange wollt ihr uns noch warten lassen? Meine Antwort ist dann immer: Macht selbst, was ihr könnt. Macht keine Reformen für die EU, sondern für euch selbst. Und orientiert euch an dem, was in Westeuropa passiert, aber seid nicht





„Es ist wichtig, dass man wieder zu einer nüchternen Betrachtung hinfindet: Was ist die Rolle des Staates und was kann anders gemacht werden? Natürlich muss man das vor dem Hintergrund sehen, dass sich die Arbeitsgesellschaft dem Ende zuneigt. Aber, und das ist das Entscheidende: Egal wie, die sogenannte soziale Frage wird es immer geben. Sie stellt sich anders, aber sie ist da.“



sklavisch von dem Ruf abhängig: Ok, jetzt dürft ihr rein. So funktioniert das nicht.

Egal, wie lange das dauert, es wird notwendig sein, dass man basierend auf den eigenen Erfahrungen eine Gesellschaft aufbaut, auf den positiven wie negativen natürlich – und basierend darauf, was von der eigenen Bevölkerung dann auch wirklich mitgetragen wird. Das halte ich für entscheidender, als dann zu sagen: Wir warten jetzt bis 2025 und dann wird alles besser.

Welche Folgen das hat, sieht man zum Beispiel in Kroatien sehr gut. Es ist das erste Beitrittsland, dem die Phase nach dem Beitritt nicht wirklich etwas gebracht hat. Ich führe das darauf zurück, dass man sozusagen einfach gewartet hat, nach dem Motto: Wenn wir drinnen sind, dann passiert irgendwie

alles automatisch und wie durch ein Wunder. Dafür verantwortlich sind viele soziokulturelle Unterschiede, die fehlende Erfahrung mit der Demokratie und das autoritäre Gesellschaftsmodell, das nun wieder so en vogue ist.

Das sieht man auch in Polen. Unlängst habe ich mit dem früheren polnischen Präsidenten **Aleksander Kwaśniewski** gesprochen, der gesagt hat: Wir haben immer nur Wachstum gehabt und trotzdem sind wir abgewählt worden. Ja, offensichtlich lebt der Mensch nicht nur vom Brot allein. Ich glaube, die EU muss erst entdecken, dass es jenseits des Technokratischen und der reinen Wirtschaft mehr gibt – ein Lebensgefühl, eine Identifizierung mit dem, was dieses Europa ausmacht.

Man muss außerdem den Übergang vom Friedensprojekt zu etwas anderem

schaffen. Wobei man natürlich den Aspekt des Friedens nicht aus den Augen verlieren darf, aber eben nicht oberlehrerhaft immer sagen sollte: Schauts, wir haben jetzt so gut im Frieden gelebt. Das allein wird nicht genügen.

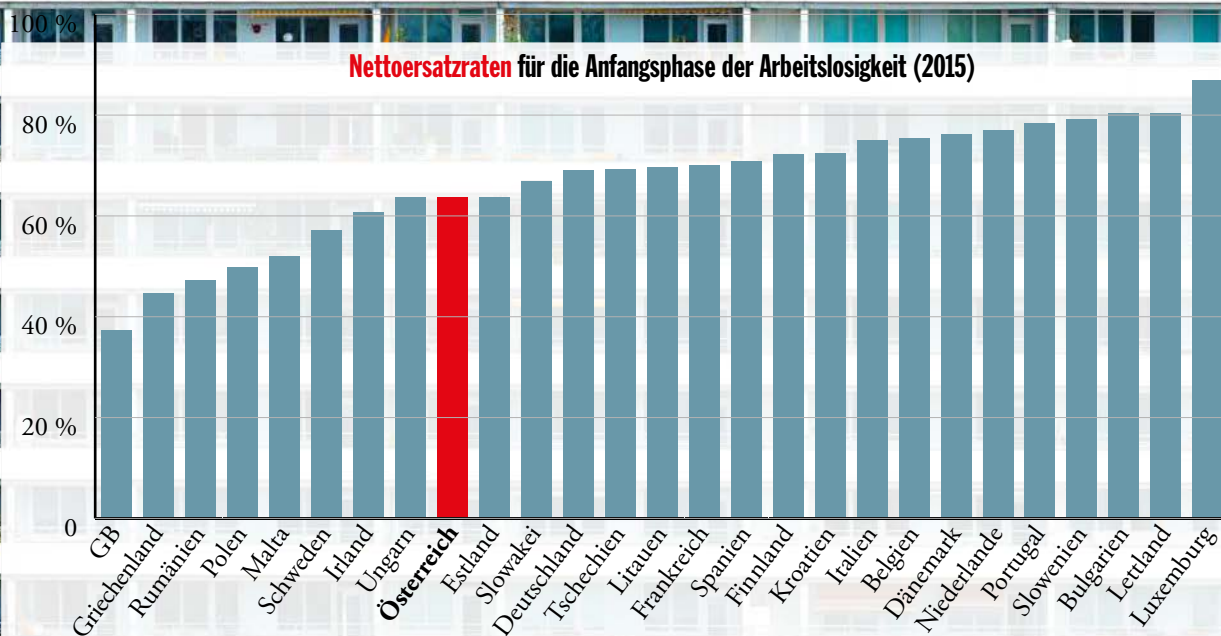
*Letztlich liegen für Gewerkschaften sehr viele Themen auf der Hand: die Verteilungsfrage oder die fehlenden Konsequenzen aus der Krise. Warum fällt es so schwer, hierfür erfolgreich einzutreten?*

Es gibt ja dieses Buch von **Colin Crouch**: „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ – und so ist es eben. Diese totale Diskreditierung des Neoliberalismus ist nicht eingetreten. Und zwar in Wirklichkeit dank des Einschreitens des Staates, den der Neoliberalismus ablehnt. Das ist ja das Paradoxe daran. Wenn alles privat ist und eine Bank vor die Hunde geht: Warum lassen wir das dann nicht zu?

Natürlich wissen wir, dass das so nicht geht. Allein schon deshalb, weil da dann wieder die Ärmsten drinnen hängen oder die, die ein bisschen was auf die Seite gelegt haben. Das war ja auch die Erklärung dafür, warum wir da noch einmal mehr Steuern hineinpulvern müssen – und dass der Staat dafür Schulden gemacht hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass man wieder zu einer nüchternen Betrachtung hinfindet: Was ist die Rolle des Staates und was kann anders gemacht werden? Und in diesem Zusammenhang glaube ich wirklich, dass man versuchen sollte, die Zivilgesellschaft – was auch immer das im Einzelnen ist, etwa der aktive Bürger oder der Citoyen – stärker einzubeziehen. Es braucht eine Selbstermächtigung von den Menschen und von den Gewerkschaften. Natürlich muss man das auch vor dem Hintergrund sehen, dass sich die Arbeitsgesellschaft dem Ende zuneigt. Aber, und das ist das Entscheidende: Egal wie, die sogenannte soziale Frage wird es immer geben. Sie stellt sich anders, aber sie ist da.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[sonja.fercher@oegb.at](mailto:sonja.fercher@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Europa sozialer machen

Foto: Tom Beyer / Fotolia.com  
Quelle: OECD <http://www.oecd.org/els/benefits-and-wages-statistics.htm>; für Zypern keine Daten vorhanden, daher EU-27.

*EU-Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherung: ein konkreter Vorschlag für ein soziales Europa.*

**Sarah Bruckner**  
Abteilung EU und Internationales  
der AK Wien

Die EU hat schon bessere Tage erlebt. Die vergangenen Jahre waren durch schmerzhaft Erfahrungen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Aktuell erholt sich die Wirtschaft, viele Menschen fühlen sich aber sozial „abgehängt“, was nicht zuletzt im Brexit-Referendum zum Ausdruck kam. Aktuell geht die Arbeitslosigkeit zwar zurück, doch gibt es massive Unterschiede zwischen den Ländern: So lag die Arbeitslosenquote im Juni in Tschechien bei zwei Prozent, während sie in Griechenland 20 Prozent ausmachte.

Vor allem bei Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern nach wie vor alarmierend hoch. Beinahe ein Viertel der EU-Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Im Hinblick auf diese soziale Schieflage sehen viele Menschen die EU eher als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung. Somit wäre nun der richtige Zeitpunkt für EU-Initiativen für ein soziales Europa. In der Tat tut sich etwas: Erstmals seit 20 Jahren fand im November 2017 ein EU-Sozialgipfel statt. Feierlich proklamierten die Staats- und Regierungschefs dort die „**Europäische Säule sozialer Rechte**“. Doch wie ist diese zu bewerten?

## 20 Grundsätze

Es handelt sich dabei um einen Katalog von zwanzig Grundsätzen, die dazu beitragen sollen, dass soziale Rechte in der EU besser umgesetzt werden. Die Erklärung ist symbolisch von großer Bedeutung, auch wenn sie unmittelbar keine Veränderungen bewirkt. Die Grundsätze sind unverbindlich und dienen als

„Kompass“ für beschäftigungspolitische und soziale Ergebnisse.

In der EU hat sich der soziale Schutz in den letzten Jahren, vor allem in den Krisenländern, verschlechtert. Leistungen der sozialen Sicherheit sollten so gestaltet sein, dass bei Eintritt eines Risikofalls wie Krankheit, Alter, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit ein angemessener Lebensstandard und Schutz vor Armut gewährleistet ist. Dies ist heute oftmals nicht (mehr) der Fall. Verbindliche Mindeststandards, die für alle EU-Mitgliedstaaten gelten, wären daher ein erstrebenswertes Ziel.

## Verschlechterungen

In den letzten Jahren wurden soziale Anliegen auf EU-Ebene stark zurückgedrängt. Es braucht nun wieder neue Impulse. Bei den Arbeitslosenversicherungssystemen der EU-Mitgliedstaaten



## B U C H T I P P

Berthold Huber:  
**Kurswechsel für  
 ein gutes Leben**  
 Wege zu einer  
 solidarischen Gesellschaft  
 Campus-Verlag,  
 2013, € 25,70  
 ISBN: 978-3-593-39930-0



**Bestellung:**  
[www.besserewelt.at](http://www.besserewelt.at)

könnte angesetzt werden. In der Europäischen Säule sozialer Rechte ist festgeschrieben, dass Arbeitslose ein Recht auf „angemessene Leistungen von angemessener Dauer“ haben. In der Realität existieren beim Schutzniveau der Arbeitslosenversicherung aber große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Systeme der sozialen Sicherheit sind sehr unterschiedlich. Die Einführung von Mindeststandards würde die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Arbeitslosenversicherung nicht antasten. Jeder Mitgliedstaat bestimmt die Grundprinzipien und Einzelheiten der Arbeitslosenversicherung selbst und ist auch für deren Finanzierung zuständig. Mindeststandards würden aber dazu beitragen, dass Länder mit einem geringen sozialen Schutzniveau aufholen.

### Sinnvolle Funktion

Über die Arbeitslosenversicherung wird in Österreich immer wieder heftig diskutiert. Oftmals unerwähnt bleibt die Tatsache, dass Verschärfungen für Arbeitslose auch weitreichende Konsequenzen für Beschäftigte haben können. Weniger großzügige Arbeitslosenleistungen mögen den Anreiz bzw. Druck erhöhen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Gleichzeitig kann auf diese Weise aber die Herausbildung eines Niedriglohnsektors begünstigt werden und so der Druck auf die ArbeitnehmerInnen insgesamt steigen. Angemessene Arbeitslosenleistungen kommen somit den Beschäftigten insgesamt zugute. Darüber hinaus wirken Arbeitslosenleistungen in Krisenzeiten als automatische Stabilisatoren und federn einen Einbruch im Konsum ab.

Ein Vergleich der Nettoersatzraten (Leistungshöhe im Vergleich zum Netto-Erwerbseinkommen) und der Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes zeigt, dass das Schutzniveau der Arbeitslosenversicherung zwischen den Mitgliedstaaten in beträchtlichem Ausmaß divergiert. In Österreich gilt seit dem Jahr 2001 eine Nettoersatzrate in Höhe von 55 Prozent des Erwerbseinkommens. Berücksichtigt man Zuschläge, ergibt sich je nach Familien- und Einkommenssituation eine Nettoersatzrate von durchschnittlich 64 Prozent. Die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes beträgt in Österreich je nach Beschäftigungsdauer und Alter zwischen 20 und 52 Wochen (bzw. bei Weiterbildung auch länger).

Auch bei der Abdeckung existieren große Unterschiede. Die Abdeckungsquote (Erfassungsrate) ist der Prozentsatz der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (z. B. im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit) Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen. In einigen Mitgliedstaaten kann ein großer Teil der Arbeitslosen die Voraussetzungen (z. B. eine bestimmte Mindestbeschäftigungsdauer) für den Bezug von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllen. Dies betrifft z. B. Jugendliche, die noch nicht oder nicht lange genug beschäftigt waren.

Auch die Dauer des Arbeitslosengeldanspruchs ist für die Abdeckung von Relevanz. Viele, vor allem ältere ArbeitnehmerInnen, haben nach Ausschöpfen der maximalen Bezugsdauer oftmals noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden. Österreich weist eine sehr hohe Abdeckung auf, da nach Ausschöpfen des Arbeitslosengeldes die Notstandshilfe gewährt wird. Die von der Bundesregierung angedachten Vorhaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung würden einen Rückgang der Abdeckung zur Folge haben.

### Skepsis

Über eine Europäische Arbeitslosenversicherung wird aktuell nicht nur in sozialpolitischer, sondern auch in fiskalpolitischer Hinsicht diskutiert. Nach den schmerzhaften Erfahrungen der Finanz-

krise wurde der Ruf nach einer Reform und Vertiefung der Eurozone laut. Eine Schwäche der Wirtschafts- und Währungsunion wird insbesondere darin gesehen, dass die Fiskalpolitik Sache der einzelnen Mitgliedstaaten ist.

Damit in Zukunft konjunkturelle Schocks besser abgefedert werden können, schlägt die Kommission die Einrichtung einer fiskalischen Stabilisierungsfunktion vor. Dabei wird eine europäische Arbeitslosenversicherung, die bei einer plötzlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit (als „Rückversicherungsfonds“ für die nationalen Arbeitslosenversicherungen) greifen würde, als eine mögliche Option genannt.

Diesem Vorschlag ist jedoch mit Skepsis zu begegnen. Insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung gibt es viele offene Fragen. Demgegenüber sollten Mindeststandards für die Arbeitslosenversicherung als sozialpolitische Initiative eingeführt und verstanden werden. Diese beiden Debatten sollten nicht verwechselt werden.

### Agenda für sozialen Fortschritt

Die EU muss nun Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen setzen. Bei der Arbeitslosenversicherung könnte angesetzt werden. Dabei müsste sichergestellt werden, dass Mitgliedstaaten, die bereits ein hohes Schutzniveau aufweisen, nicht auf ein geringeres Niveau zurückfallen dürfen (Nicht-Rückschrittsklausel). Arbeitslosengeld-Nettoersatzrate, Arbeitslosengeld-Anspruchsdauer und Arbeitslosengeld-Abdeckungsquote sollten die Schlüsselwerte für die Festlegung von Mindeststandards sein. Da Strukturwandel und fortschreitende Digitalisierung fortlaufende Weiterbildung erfordern, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können, sollte darüber hinaus auch ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und auf Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung mit entsprechender Existenzsicherung als Mindeststandard definiert werden.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[sarah.bruckner@akwien.at](mailto:sarah.bruckner@akwien.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Zittern um Anti-Dumping-Behörde

*Eine Europäische Arbeitsbehörde soll gegen Sozialdumping vorgehen. Aber der österreichische EU-Vorsitz bremst, unterstützt von der Industrie.*

**Oliver Röpke**

Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel

**K**ein Land würde von einer europäischen Arbeitsschutzbehörde gegen Lohn- und Sozialdumping mehr profitieren als Österreich. Dennoch bremst und verschleppt die österreichische Bundesregierung das Vorhaben zu Beginn ihres EU-Ratsvorsitzes nach Kräften – einmal mehr unterstützt von der Industriellenvereinigung (IV).

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft hat seit dem 1. Juli eine äußerst einseitige Ausrichtung genommen: Schutz der Außengrenzen, Kampf gegen Migration und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit stehen im Vordergrund, soziale Belange haben keine Priorität. Schlimmer noch: Einer der wichtigsten sozialpolitischen Vorschläge der letzten Jahre, die Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde gegen grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping, wird im Arbeitsprogramm noch nicht einmal erwähnt. Dabei hat der österreichische Vorsitz eine Schlüsselrolle: Es ist die letzte Präsidentschaft vor den EU-Parlamentswahlen im nächsten Jahr, unter der noch inhaltliche Vorhaben verwirklicht werden können. Umso wichtiger wäre es, dass noch in diesem Jahr eine politische Einigung über diese Arbeitsbehörde erzielt werden kann.

## Quote bis zu 70 Prozent

Leider ist es ein bereits bekanntes Phänomen: Das grenzüberschreitende Lohn- und Sozialdumping wird immer

dramatischer. In den besonders betroffenen Branchen, beispielsweise der Bauwirtschaft, ist die Entlohnung von entsandten ArbeitnehmerInnen unter den kollektivvertraglich vorgeschriebenen Standards bereits eher die Regel als die Ausnahme. So zeigen die Zahlen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) für 2017, dass in fast 50 Prozent der kontrollierten grenzüberschreitenden Entsendungen Lohndumping vorlag, in grenznahen Regionen liegt die Quote sogar bei bis zu 70 Prozent! Zum Vergleich: Bei lokalen Unternehmen liegt diese Quote deutlich unter einem Prozent.

## Kriminelles Lohndumping

Noch bedenklicher: Jenen ausländischen Entsendeunternehmen, die ihre ArbeitnehmerInnen ausbeuten – ihnen also weder den österreichischen Kollektivvertragslohn zahlen noch die Sozialversicherungsbeiträge in korrekter Höhe abführen –, drohen in der Praxis keinerlei Konsequenzen. In Österreich verhängte Geldstrafen werden in den Herkunftsländern einfach ignoriert und nicht vollstreckt. Ungarn ist hier ein besonders unrühmliches Beispiel: Die Regierung und die zuständigen Behörden machen sich zu Komplizen des kriminellen Lohn- und Sozialbetrugs und vollziehen die Strafen gegen die betreffenden Unternehmen nicht.

Die Konsequenz: Das Geschäftsmodell Lohn-, Sozial- und Steuerdumping wird aufgrund der großen Lohnunterschiede im Binnenmarkt immer

attraktiver. Österreich ist aufgrund seiner langen Grenzen zu den „neuen“ EU-Mitgliedstaaten besonders betroffen. ÖGB und AK haben das Thema „Lohn- und Sozialdumping“ seit Jahren auch in Brüssel zu ihrem Schwerpunkt gemacht und der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament immer wieder Beispiele aus der Praxis präsentiert, vor denen die EU nicht länger ihre Augen verschließen konnte.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte bereits in seiner Rede zur Lage der Union im September 2017 Klartext gesprochen: „Es erscheint absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden, dass es aber keine gemeinsame Arbeitsbehörde gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarkts sorgt.“ Er kündigte an: „Wir werden sie schaffen.“

## Lösungsvorschlag

Juncker hat Wort gehalten: Im März hat EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen einen Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde vorgelegt, der eine „faire Arbeitskräftemobilität“ sicherstellen soll. Neben mehr und besseren Informationen soll diese Behörde die Zusammenarbeit der nationalen Kontrollbehörden über die Grenzen hinweg fördern, zum Beispiel durch gemeinsame Kontrollen der Arbeitsverhältnisse von entsandten Beschäftigten. Sie soll auch in grenzüberschreitenden Streitfällen vermitteln und auf Lösungen hinwirken, also eine Art „Schiedsrichterin“ sein.

Der Vorschlag allein ist schon ein großer Erfolg für die europäischen Gewerkschaften und insbesondere für ÖGB und AK. Denn der europäische Industrieverband „**Businessseurope**“, dem auch die Industriellenvereinigung angehört, hatte mit allen Mitteln versucht, diese Initiative zu verhindern. Als dies scheiterte, hat Businessseurope den Vorschlag dann rasch als „wenig kosteneffizient“ abgelehnt.

Aus Sicht des ÖGB hätte der Vorschlag allerdings wesentlich schärfer ausfallen können. Die geplante Behörde müsste eine wirkliche „Arbeitschutzbehörde“ für fairen Wettbewerb werden. Insbesondere die grenzüberschreitende Durchsetzung von Sanktionen und Strafen für Dumpingfirmen müsste die „ELA“ („European Labour Authority“), wie die Arbeitsbehörde im EU-Jargon abgekürzt wird, endlich gewährleisten. Davon ist im vorliegenden Entwurf nicht die Rede. Dennoch ist der Vorschlag ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend ist nun, dass die neue Behörde, die als EU-Agentur voraussichtlich nicht in Brüssel, sondern in einem europäischen Mitgliedstaat angesiedelt werden soll, rasch gegründet wird.

### Österreich bremst und verschleppt

Während die Verhandlungen im EU-Parlament gerade starten und der zuständige Berichterstatter eine sehr konstruktive Haltung einnimmt, ist es einmal mehr die österreichische Bundesregierung, die bremst und verschleppt. So soll nach den Plänen der Sozialministerin unter österreichischem Vorsitz nur ein sogenannter „Fortschrittsbericht“ angestrebt werden – viel zu wenig, damit die Arbeitsbehörde bis zu den EU-Wahlen im Mai 2019 zumindest gegründet werden kann. Damit droht eine Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag – und dies dürfte auch die Absicht der IV sein, die bekanntlich hinter einem Großteil der Regierungspläne steckt.

Dabei könnte gerade Österreich im Kampf gegen grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping von der EU-Arbeitsbehörde besonders profitieren, kritisierte der nunmehrige

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian die Untätigkeit der Regierung: „Bei Experten herrscht weitgehend Unverständnis darüber, dass die Regierung hier bremst und verzögert. Dies könnte dazu führen, dass der Sitz der Behörde nicht nach Österreich, sondern eventuell in ein osteuropäisches Land gehen wird“, befürchtete Katzian. Und der ÖGB-Präsident sollte recht behalten: Beim ersten EU-SozialministerInnenrat (EPSCO) während des österreichischen Vorsitzes am 19. und 20. Juli in Wien stand das „Thema Arbeitsbehörde“ nicht einmal auf der Tagesordnung.

### Fairer Wettbewerb betrifft alle!

Die europäischen Gewerkschaften werden weiter für eine schlagkräftige **europäische Arbeitschutzbehörde** kämpfen, damit Lohn- und Sozialdumping nicht nur auf dem Papier, sondern endlich auch in der Praxis bekämpft werden. Neben der Kommission und großen Teilen des EU-Parlaments gibt es durchaus auch unter den Arbeitgebern Verbündete: Gerade die mittelständischen Unternehmen der Bau- und Transportbranche leiden ebenso wie die Beschäftigten unter dem unfairen Wettbewerb, der durch Betrugs- und Dumpingfirmen verursacht wird.

Immer wieder fordern GewerkschafterInnen und Unternehmensvertreter aus Österreich ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Geschäftsmodelle – es bleibt zu hoffen, dass sich auch in der Wirtschaftskammer diese vernünftigen Kräfte durchsetzen und den Aufbau einer schlagkräftigen Arbeitschutzbehörde unterstützen. Damit am Ende auch die österreichische Bundesregierung einsieht, dass eine solche EU-Agentur vor allem im Interesse Österreichs wäre. Vielleicht wacht sie sogar noch früh genug auf, um die Forderung vieler Gewerkschaften in Europa zu unterstützen, die neue Arbeitsbehörde in Österreich anzusiedeln.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[oliver.roepke@oegb-eu.at](mailto:oliver.roepke@oegb-eu.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

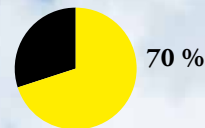


Quelle: BUAK  
 Foto: finist\_4/Fotolia.com

### Lohndumping



Lohndumping in kontrollierten, grenzüberschreitenden Entsendungen



Lohndumping in kontrollierten, grenzüberschreitenden Entsendungen in grenznahen Regionen



Lohndumping in lokalen Unternehmen

# Der Wind weht von rechts

*Die Sozialpolitik des Neonationalismus in der EU am Beispiel der Regierungen in Belgien, Ungarn und Polen.*

Joachim Becker

*Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung  
der WU Wien*

**N**eonationalistische Rechtsparteien haben in der letzten Zeit viel publizistische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Weniger gilt das für ihre Sozialpolitik – und das, obwohl neonationalistische Parteien programmatisch sozialpolitischen Fragen einige Bedeutung beimessen und auch in ihrer Regierungspraxis auf diesem Feld Akzente gesetzt haben.

## Unterschiedliche Regierungspraktiken

Diese gibt sehr gut Aufschluss über die sozialpolitischen Vorstellungen des Neonationalismus – mehr als die bloßen programmatischen Stellungnahmen, die oftmals anderes versprechen, als dann in der Praxis umgesetzt wird. Sehr gut lässt sich dies an drei Ländern beobachten, in denen neonationalistische Kräfte eine prägende Rolle spielen: In Belgien drückt die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) als flämisch-nationalistische Formation der Regierung stark ihren Stempel auf. Diese Partei ist stark neoliberal orientiert. In Ungarn zeigt die Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orban eine Mischung aus neoliberalen und nationalkonservativen Elementen, während die polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) stark nationalkonservativ geprägt ist.

In Belgien regiert eine Koalition aus Christdemokraten, Liberalen und der flämisch-nationalistischen N-VA. Das Land weist eine stark sozialpartnerschaftliche Prägung auf, wobei die N-VA

nicht mit dem System der Sozialpartnerschaft verflochten ist. Die Partei fällt durch besonders gewerkschaftskritische Positionen auf. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik orientiert sie sich stark an den Forderungen des flämischen Unternehmerverbandes VOKA.

Bislang hat die belgische Koalition den institutionellen Kern der sozialpartnerschaftlichen Institutionen nicht angegriffen, sie hat allerdings neoliberale Tendenzen deutlich vertieft. Zu den zentralen Forderungen von VOKA hatte die Flexibilisierung der Arbeitszeit gehört. Während 2003 noch eine Arbeitszeitverkürzung auf eine 38-Stunden-Woche eingeführt worden war, ermöglicht das neue Arbeitszeitgesetz eine Erhöhung der Arbeitszeit. Die Obergrenzen wurden auf neun Stunden pro Tag und 45 Stunden in der Woche erhöht, der Durchrechnungszeitraum verlängert.

Bei der Arbeitslosenversicherung hatte bereits die Vorgängerregierung unter dem sozialistischen Premier Elio di Rupo, eine strukturelle Verschlechterung vorgenommen, beispielsweise wurde das Arbeitslosengeld degressiv gestaltet. Die aktuelle Regierung unter Premier Charles Michel hat weitere Verschärfungen vorgenommen, besonders wurde der Druck auf ältere Arbeitslose verschärft.

Eine weitere sozialpolitische Priorität hatten die Pensionen: Das Pensionsantrittsalter wird bis zum Jahr 2030 schrittweise von 65 auf 67 Jahre erhöht, der Zugang zur Frühpensionierung wurde erschwert. Die Bedingungen für die Anerkennung von Zeiten, in denen nicht gearbeitet worden ist, wurden verschärft.

Wohlfahrt für die Wohlhabenden: Mit diesen Worten charakterisiert die ungarische Sozialstaatsexpertin Dorottya Szikra die Sozialpolitik der seit 2010 amtierenden Fidesz-Regierungen. Wirtschaftspolitisch fördert die Regierung einerseits den Aufstieg parteinaher Unternehmer etwa in Banken, Medien oder Bauwirtschaft. Andererseits setzt sie auf Auslandskapital in der Exportindustrie. Ansonsten ist Fidesz an der (oberen) Mittelklasse orientiert.

Aus der Transformation sind die ungarischen Gewerkschaften geschwächt hervorgegangen. Das System der sozialpartnerschaftlichen Organisationen war bereits in den Jahren bis 2010 nicht besonders stark. Die Fidesz-Regierungen haben es mehrfach umgebaut, verwässert und geschwächt. Zudem haben sie die Arbeitsbeziehungen – einschließlich der Arbeitszeitregelungen – massiv zu Lasten der ArbeitnehmerInnen flexibilisiert. Die Arbeitsbedingungen für Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene wurden deutlich verschlechtert.

## Problematische Kürzungen

Besonders starke Einschnitte nahm die Regierung in der Arbeitslosenversicherung vor: Die maximale Bezugsdauer für Arbeitslosengeld wurde von neun auf drei Monate reduziert – dies ist die kürzeste Bezugsdauer in der EU. Gleichzeitig wurde die Gewährung von Sozialhilfe an die Beteiligung an öffentlichen Arbeitsprogrammen geknüpft. Diese wurden stark forciert. Als eine Brücke für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erwiesen sich diese Arbeitsprogramme



**Die ungarische Regierung fördert den Aufstieg parteinaher Unternehmer und setzt auf Auslandskapital in der Exportindustrie. Ansonsten ist Fidesz an der (oberen) Mittelklasse orientiert. Der Sparstift wird in der Arbeitslosenversicherung angesetzt.**



allerdings nicht. Diverse Initiativen entwickelte die Fidesz-Regierung zur Kriminalisierung von Obdachlosen.

Bei den Pensionen machte die Regierung die teilweise in der Vergangenheit erfolgte Privatisierung der Pensionsversicherung wieder rückgängig. Zwar wurde dadurch die Abhängigkeit von den Kapitalmärkten gemindert, die Hauptmotivation dafür war aber budgetär. Frühpensionen wurden stark gekürzt, zahlreiche Personen mit Berufsunfähigkeitspensionen wurden in das schlecht dotierte Sozialhilfesystem und das System öffentlicher Arbeiten gedrängt.

Entsprechend ihrer nationalkonservativen Orientierung baute die Fidesz-Regierung die Familienpolitik aus. Hier führte sie Steuererleichterungen ein, die vor allem auf besser Verdienende ausgerichtet sind. Trotz der ultrakonservativen Orientierung bei Genderfragen hat die Fidesz-Regierung ein Karenzmodell entwickelt, das zumindest gut verdienende Frauen nicht von einer relativ frühen Rückkehr an den Arbeitsplatz abhält.

## Nationalkonservative Akzente

In Polen regiert die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ PiS unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Diese Regierung zielt zwar auch auf die Stärkung des einheimischen Kapitals ab, versucht aber eine deutlich breitere soziale Basis aufzubauen als Fidesz in Ungarn. Anders als die meisten neonationalistischen Parteien in der EU haben die politischen VertreterInnen des Nationalkonservatismus enge historische Bindun-

gen zur Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* – auch im Unterschied zur liberalen Vorgängerregierung, unter der das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften einen Tiefpunkt erreicht hatte. Die PiS-Regierung stellte die Institutionen des sozialen Dialogs wieder her, hat sie allerdings eher selektiv in Gesetzesvorhaben eingebunden.

Wie die PiS im Wahlkampf versprochen hatte, setzte sie das Pensionsantrittsalter für Männer wieder auf 65, jenes für Frauen auf 60 Jahre herab. Dies entsprach Forderungen der Gewerkschaften. Derzeit ist allerdings eine neoliberale Teilreform des Pensionssystems in Vorbereitung: Schrittweise soll die dritte Säule der Pensionsversicherung in Form sogenannter Arbeitnehmerkapitalpläne (PPK) eine Stärkung erfahren. Für die Betriebe soll die Teilnahme an dem Programm obligatorisch werden, während ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit eingeräumt werden soll, aus dem Programm heraus zu optieren. Von dem Programm scheint sich die Regierung eine Finanzquelle für ihre wirtschaftlichen Umbaupläne zu versprechen. ArbeitnehmerInnen würden jedoch durch das Auf und Ab der Finanzmärkte verwundbarer.

Der nationalkonservativen Natur entsprechend ist das sozialpolitische Schlüsselprogramm der PiS-Regierung – *Rodzina 500 plus* – in der Familienpolitik angesiedelt. Es beinhaltet ein Kindergeld von 500 Złoty pro Kind ab dem zweiten Kind, was speziell für die ländlichen Regionen Polens ein hoher Betrag ist. Das Programm scheint zu einem Rückgang der Kinderarmut bei-

zutragen. Es beinhaltet auch einen gewissen Anreiz für Mütter, sich auf die Kindererziehung zu konzentrieren. Erste Daten lassen allerdings keinen wesentlichen Effekt auf die Frauenbeschäftigung erkennen.

Ein weiteres sozialpolitisches Kernelement der PiS-Regierung betrifft die staatliche Förderung von (privatem) Mietwohnbau, der den empfindlichen Mangel an Wohnraum abmildern soll. Dieses ist allerdings bislang noch kaum umgesetzt worden. Insgesamt sind nationalkonservative Elemente in der PiS-Sozialpolitik vorherrschend, auch wenn sie teils einen expansiven Charakter hat.

## Schlussfolgerungen

Betrachtet man die drei Beispiele, so ist eine Tendenz zu einem restriktiven Zugang in der Sozialpolitik deutlich erkennbar.

Soziale Absicherungen, speziell im Bereich der Pensionen, sollen bestehende soziale Unterschiede konservieren. Die Sozialpolitik ist darauf gerichtet, vermeintlich traditionelle Geschlechterrollen zu konservieren oder wiederherzustellen, Erwerbsarbeit wird männerzentriert gesehen. Speziell westeuropäische neonationalistische Rechtsparteien vertreten weiters eine Sozialpolitik, die MigrantInnen und Flüchtlinge benachteiligt.

---

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[joachim.becker@wu.ac.at](mailto:joachim.becker@wu.ac.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**awblog.at** ist die digitale Ergänzung zur Printausgabe der „Arbeit&Wirtschaft“. Frisch gebloggt zeigt die Highlights.

## 12 Stunden: von der Ausnahme zum Normalfall

Christoph Klein

Das Top-Thema am AW-Blog in den vergangenen Wochen war der geplante 12-Stunden-Tag der Regierung. Trotz eines Ende Juni eilig eingebrachten Abänderungsantrags des ursprünglichen Gesetzesentwurfs, der eine sogenannte „Freiwilligkeitsgarantie“ beinhaltet, bleiben die Hauptkritikpunkte aufrecht: Die Schutzfunktion des Arbeitszeitrechts geht damit verloren, die ArbeitnehmerInnen müssen eine angeordnete Überstunde (die über der bisherigen 10-Stunden-Grenze liegt) ablehnen. Dadurch entsteht automatisch mehr Druck für die Menschen. Dazu kommt, dass der Betriebsrat um das Zustimmungsrecht für Überstunden bis zu 12 Stunden gebracht wird und damit um die Möglichkeit, eine bessere Abgeltung, geblockten Zeitausgleich oder Ähnliches für die KollegInnen auszuhandeln. Zudem wird der Kreis von Menschen, die keinen arbeitszeitrechtlichen Schutz genießen, ausgedehnt und die Sonn- und Feiertagsarbeit an bis zu vier Tagen im Jahr ermöglicht. Alles in allem keine rosigen (Zeit-)Aussichten.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/ya2pu7x9](https://tinyurl.com/ya2pu7x9)

## 12-Stunden-Tag im Tourismus

Canan Aytekin

Im Tourismus werden Beschäftigte gesucht, doch viele Menschen wollen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen nicht in dieser Branche arbeiten. Das von der Regierung geplante Gesetz zum 12-Stunden-Tag samt Ausweitung der täglichen bzw. wöchentlichen Arbeitszeit sowie Verkürzung der Ruhezeit bei geteilten Diensten macht das Arbeiten in dieser Branche noch unattraktiver, wie anhand eines Beispiels illustriert wird. Noch weniger Planbarkeit von Freizeit, noch weniger Schlaf, noch weniger Privatleben und noch mehr Belastungen und eine erhöhte Unfall- und Erkrankungsgefahr. Im Endeffekt werden diese Regelungen zu noch mehr Unzufriedenheit bei den Beschäftigten im Tourismus und damit zu einem endgültigen Attraktivitätsverlust der Branche führen.

Lesen Sie mehr: [tinyurl.com/ycglmbdk](https://tinyurl.com/ycglmbdk)

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:

**awblog.at**

Sie finden uns auch auf Facebook & Twitter

[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://facebook.com/arbeit.wirtschaft) & [twitter.com/AundW](https://twitter.com/AundW)





## *Nicht zuletzt*

von

**Korinna Schumann**  
ÖGB-Vizepräsidentin und  
Bundesfrauenvorsitzende

# Auf dem sozialen Auge blind

**D**ie EU war bisher ein wichtiger Motor für die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Die aktuelle österreichische Bundesregierung stellt diese politischen Leitlinien jedoch infrage. Schlimmer noch: Die Regierung hat klar signalisiert, dass für sie die Weiterentwicklung der EU zu einem sozialen und solidarischen Europa – wovon nicht zuletzt Frauen massiv profitieren würden – wenig Bedeutung hat.

Dabei braucht es dringend ein Bündel an Maßnahmen, um die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zu verbessern. Dazu zählen vor allem das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern, das Schließen der Einkommensschere sowie wesentliche Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Frauenpolitik hat bei den Schwerpunkten der Regierung für die EU-Ratspräsidentschaft leider keinen Platz. Es wird ausschließlich mit inhaltsleeren Stehsätzen und allgemeinen Ankündigungen auf die Gleichstellungspolitik eingegangen.

### Neoliberaler Kampfbegriff

Ausgesprochen problematisch sind auch die Pläne der Bundesregierung, sich gegen „Gold Plating“ einzusetzen. Vorsicht ist hier geboten, denn mit diesem Wort wird ganz und gar nichts Wertvolles verfolgt, schon gar nicht für ArbeitnehmerInnen. Vielmehr ist es ein neoliberaler Kampfbegriff, der in der Regel von UnternehmensvertreterInnen gebraucht wird, um wich-

tige und schwer erkämpfte arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen zu beseitigen. Unter diesem Deckmantel sollen unter anderem die Einkommensberichte abgeschafft werden. Damit würde ein wichtiges Instrument zum Schließen der Lohnschere zwischen Frauen und Männern wegfallen.

### Das Mindeste ist nicht genug

Die aktuelle Diskussion zur Arbeitszeit ist ebenfalls ein anschauliches Beispiel dafür, welche Gefahren hinter dem Schlagwort „Gold Plating“ stecken. Laut EU-Arbeitszeitrichtlinie besteht keine tägliche Höchstarbeitszeit, sondern eine Mindestruhezeit von elf Stunden. Viele BefürworterInnen längerer Arbeitszeiten meinen, diese Richtlinie wäre ein ausreichender Schutz. „Mindeststandards“ sind aber nur das, was das Wort auch sagt: das Mindeste. Und seit wann ist das für Österreich auf einmal genug? Um Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, braucht es unter anderem Planbarkeit bei der Arbeitszeit, ein Recht auf notwendige Erholungszeiten und ausreichende Gesundheitsschutzbestimmungen.

Bei diversen Gesetzesinitiativen der Regierung bekommt man den Eindruck, dass sie die bestehenden europarechtlichen Bestimmungen entweder nicht gut genug kennt oder diese vorausplanend verletzt. Das betrifft beispielsweise die Anpassung der Familienbeihilfe für im EU-Ausland lebende Kinder von Menschen, die in Österreich beschäftigt sind. Exper-

tnInnen zufolge ist das mit dem Europarecht nicht vereinbar. Offensichtlich geht es dieser Regierung weniger darum, seriöse Politik zu machen, sondern vielmehr um populistische Vorschläge, die schlussendlich ohnehin nicht umgesetzt werden können. Dadurch nimmt die Regierung zusätzlich in Kauf, dass in der Bevölkerung die Europaskepsis verstärkt wird.

### Wir brauchen eine bessere EU!

Es zeigt sich also klar und deutlich: Die Regierung betrachtet die EU abwechselnd als Sündenbock oder als nationalstaatlich dominierte „Freihandelszone Deluxe“, in der hohe Arbeits- und Sozialstandards keine Rolle spielen. Eine Vision davon, wie die EU zu einem besseren Leben für alle Menschen beitragen kann, wird bei den Regierungsplänen schmerzlich vermisst.

Das europäische Projekt steht am Scheideweg. Die Brexit-Verhandlungen stocken, nationalistische und neoliberale Kräfte haben starken Auftrieb. Die Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 werden richtungsweisend sein. Wir brauchen eine soziale, solidarische Union, in der die sozialen Grundrechte gleichen Stellenwert haben wie die vier Wirtschaftsfreiheiten. Und es bedarf einer Europapolitik, die die Menschen für die Idee Europa einnimmt. Nur dann hat die EU als Friedensprojekt auf lange Sicht eine wünschenswerte Zukunft. Dafür werden sich ÖGB und Gewerkschaften weiterhin einsetzen!



# Gebündelte Kräfte für ein gutes Leben

*Der ÖGB-Bundeskongress brachte mit Wolfgang Katzian einen neuen Präsidenten. Sein Ziel: Das Mitgliederwachstum muss weitergehen.*

**Florian Kräffner**  
 ÖGB-Kommunikation

**W**ir sind eine selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung, und wir werden alles tun, alle unsere Kräfte bündeln, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gutes Leben möglich ist“, sagte Wolfgang Katzian, gleich nachdem er am 14. Juni zum ÖGB-Präsidenten gewählt worden war. „Wir kämpfen dann, wenn es notwendig ist und wenn es nicht erwartet wird – und dort, wo es besonders effektiv ist. Wir haben oft genug bewiesen, dass wir das können!“

Die Mobilisierungsstärke des ÖGB war dann schneller gefragt als erwartet, denn kaum war der 19. ÖGB-Bundeskongress mit Katzians Wahl abgeschlossen, gab die Bundesregierung ihre Interpretation von „Arbeitszeitflexibilisierung“ bekannt: 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche waren in einem Gesetzesantrag vorgesehen. Innerhalb von knapp zwei Wochen stellte der ÖGB eine Großdemonstration auf die Beine, zu der sich mehr als 100.000 Menschen auf dem Wiener Heldenplatz versammelten.

Katzian, bisher Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, hätte neue Regelungen für die Arbeitszeit lieber auf Ebene der Sozialpartnerschaft verhandelt, als von der Regierung auf Konfrontationskurs gezwungen zu werden. „Wir stehen jedenfalls dafür, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Wir sind gesprächs- und verhandlungsbereit, aber das funktioniert nur, wenn man mit uns auf Augenhöhe redet. Wenn nicht, müssen wir uns anders Gehör verschaffen. Es gibt klare Grenzen der Zumutbarkeit. Weil häkeln können wir uns selber“, so der neue ÖGB-Präsident.

Die Ausweitung der Arbeitszeit war nicht der einzige Plan der Regierung, der beim Kongress im Austria Center Vienna von den Delegierten heftig kritisiert wurde. Katzian erinnerte an die roten Linien, die von RegierungspolitikernInnen zuletzt überschritten wurden: „Eine leistungsstarke, selbstverwaltete Sozialversicherung, kein Hartz IV, kein genereller 12-Stunden-Tag, die Stärkung der Kollektivverträge bei der Gestaltung der Arbeitszeit sowie der Erhalt des Jugendvertrauensrats und der finanziellen Ausstattung der Arbeiterkammern.“ Auch Katzians Vorgänger Erich

Foglar sagte in seiner Rede: „Noch nie gab es in der Zweiten Republik eine Regierung, die so klar und ungeniert eine Regierung der Industriebosse und ihrer Wünsche ist und so gar nichts für die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Sozialpartnerschaft übrighat.“ Foglar wurde per Akklamation zum Ehrenpräsidenten des ÖGB ernannt.

## Regierung spärlich vertreten

Während es bei früheren ÖGB-Kongressen selbstverständlich war, dass neben zahlreichen MinisterInnen auch die Regierungsspitze der Einladung als Ehrengäste nachgekommen sind, war diesmal alles anders: Kanzler und Vizekanzler ließen sich nicht blicken, zur Eröffnung kam nur Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck. Inhaltlich wollte sich nur Sozialministerin Beate Hartinger-Klein einbringen, die am Tag nach der Eröffnung zum Kongress gekommen ist. „Gute Arbeit muss gut bezahlt und menschengerecht sein, wir brauchen Bildung und Qualifizierung. Arbeit muss tariflich geschützt sein, und sie muss selbst- und mitbestimmt sein“, sagte sie in ihrer Rede. „Wir brauchen





„Gäbe es keine Gewerkschaften, müsste man sie erfinden.“ Bundespräsident Alexander Van der Bellen



„Wenn sie glauben, es geht ohne die ArbeitnehmerInnen, dann säen sie Wind und werden dafür Sturm ernten.“ AK-Präsidentin Renate Anderl



„Wir sind eine selbstbewusste Gewerkschaftsbewegung, und wir werden alles tun, alle unsere Kräfte bündeln, damit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gutes Leben möglich ist!“ ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian

künftig auch neue Formen der Mitbestimmung“, verwies sie auf neue Arbeitsformen wie Crowdwork und Outsourcing.

Zur Debatte rund um die Sozialversicherungen meinte Hartinger-Klein: „Es ist mein Ansinnen, hier die gleichen Leistungen für gleiche Beiträge zu gewährleisten.“ Bei der AUVA wolle sie „eine gewisse Effizienz hinterfragen“. Für diese Ankündigung erntete die Ministerin laute Pfiffe der Anwesenden. Auf mehr Zustimmung stieß ihre Zusage, dass die Beitragserhebungen bei den Sozialversicherungen bleiben werden. Hartinger-Klein betonte zudem: „Neue Selbstbehalte sind für mich kein Thema!“ Kritisiert wurde wiederum die geplante Kassenreform: „Wem gehört die Sozialversicherung? Sie gehört keiner Regierung, sie gehört den Versicherten! Wir lassen uns diese Ertragskraft nicht wegnehmen!“, zeigte sich OÖGKK-Vorsitzender Albert Maringer kämpferisch.

Hartinger-Klein bekräftigte erneut, dass sie den Jugendvertrauensrat abschaffen will. Dafür erntete sie prompt eine Mahnung der Gewerkschaftsjugend: „Wer den Jugendvertrauensrat abschafft, betreibt gezielten Demokratie-

abbau. Damit will man junge ArbeitnehmerInnen offensichtlich mundtot machen. Nicht mit uns!“, warnte ÖGJ-Vorsitzende Susanne Hofer. Mit verklebten Armen und Mündern haben sich JugendgewerkschafterInnen während der Rede der Sozialministerin direkt vor ihr positioniert.

Deutlich mehr Unterstützung als von der Regierung erhielt der ÖGB von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. „Gäbe es die Gewerkschaften nicht, man müsste sie erfinden“, sagte er in seiner Eröffnungsrede, und lobte den Einsatz der „vielen tausend Menschen, die sich täglich für andere engagieren. Dafür sag ich Danke.“ Auch die Sozialpartnerschaft wird von ihm hoch geschätzt: „Ich kann mich noch erinnern, wie das vor der Sozialpartnerschaft war, an Zeiten, die von bitterster Armut geprägt waren. Es wäre besser, den bewährten Weg der Sozialpartnerschaft weiter zu gehen.“

Für faire Bedingungen braucht es jedenfalls starke Gewerkschaften. Mehr Menschen als je zuvor sind bereit, etwas für ihre Zukunft zu tun. Derzeit hat der ÖGB 1,2 Millionen Mitglieder, Tendenz steigend, und so müsse es auch weitergehen, so der neue ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian: „Da ist noch Luft nach oben.“ Dabei müssen auch neue Wege beschritten werden: „Wir werden uns öffnen“, kündigte Katzian an, „wir werden unsere Strukturen weiterentwickeln, aber wir achten auf die Balance zwischen Bewährtem und Neuem. Basis unseres Tuns bleiben unsere Mitglieder. Ihre Träume, ihre Sorgen und Lebensrealitäten bleiben Mittelpunkt unserer Arbeit.“

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor [florian.kraeftner@oegb.at](mailto:florian.kraeftner@oegb.at) oder die Redaktion [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**Rund 500 Delegierte haben im Rahmen des ÖGB-Bundeskongresses 2018 vom 12.–14. Juni 2018 im Austria Center Vienna das politische Programm sowie die Statuten des ÖGB beschlossen. Wolfgang Katzian (61) wurde zum ÖGB-Präsidenten gewählt, Korinna Schumann und Norbert Schnedl zu seinen StellvertreterInnen. Auch der ÖGB-Vorstand wurde neu gewählt.**



# Wirtschaft zum Wohle der ArbeitnehmerInnen gestalten!

*Wer für sein Geld arbeiten muss, braucht Schutz durch Gesetz und Kollektivvertrag – auch in Zeiten der digitalisierten Arbeitswelt.*

**Florian Kräftner**  
ÖGB-Kommunikation

**A**uch wenn der ÖGB momentan mit einer Regierung konfrontiert ist, die Österreich mit dem 12-Stunden-Tag und der Schwächung der Sozialversicherung zurück in die Vergangenheit treiben will, hatte der Bundeskongress ein zukunftsweisendes Motto: „Faire Arbeit 4.0 – vernetzt denken, solidarisch handeln“. „Die Zukunft lässt sich nicht aufhalten. Wir wollen sie auch gar nicht aufhalten. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, den digitalen Wandel zum Wohle der arbeitenden Menschen zu gestalten – und zwar in den Betrieben und Dienststellen, in allen Branchen der Wirtschaft sowie in Politik und Gesellschaft“, sagte Erich Foglar in seiner letzten Rede als ÖGB-Präsident.

Dawn Gearhart von der US-Gewerkschaft Teamsters kämpft unter anderem für die Rechte der Uber-FahrerInnen – mit ersten Erfolgen, denn es wird etwa an einem Kollektivvertrag für PlattformarbeiterInnen gefeilt. „Die meiste Angst haben diese Konzerne davor, dass sie die MitarbeiterInnen als Menschen, die eigene Interessen haben, anerkennen müssen“, sagte Gearhart

beim ÖGB-Bundeskongress. Dass es bei Plattformanbietern immer wieder zu Gesetzesbrüchen komme, sei weder Zufall noch Versehen: „Wenn der Staat nämlich dann reagiert, können die Konzerne das als einen Eingriff in ihre unternehmerische Freiheit deklarieren.“

Wie schwierig die Rechte für ArbeitnehmerInnen bei Plattformanbietern durchzusetzen sind, zeigte auch Robert Walasinski, Betriebsrat beim Essenslieferservice Foodora, auf: „Bei uns gibt es noch nicht einmal einen Kollektivvertrag. Wir müssen an der Basis kämpfen – etwa um Feiertagsentgelte und korrekte Krankenstandsabrechnungen.“

„Wo Arbeitsprozesse immer kleinteiliger werden, heißt es aufpassen“, sagte Verena Spitz vom Bawag-PSK-Betriebsrat. Sie habe bereits beobachtet, dass auch im hoch qualifizierten Bereich Arbeitsschritte automatisiert wurden und oftmals das „Bauchgefühl erfahrener MitarbeiterInnen durch Algorithmen ersetzt worden ist“.

Um die Bedürfnisse der Menschen in der Arbeitswelt der Zukunft ging es auch im Grundsatzprogramm, das die Delegierten für die kommenden fünf Jahre beschlossen haben. „Alle, die von einem Arbeitgeber wirtschaftlich abhängig sind, sollen auch von Arbeitsrecht und Kollektivverträgen geschützt

sein. Der Umgehung des Arbeitsrechts und der Scheinselbstständigkeit sagen wir mit unserem Forderungsprogramm den Kampf an“, sagte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

Die Definition des Arbeitsvertrags geht auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Achitz: „Der geltende ArbeitnehmerInnenbegriff orientiert sich am klassischen Industriebetrieb, er kann aber die Gestaltungsfragen der geänderten Arbeitswelt nicht mehr angemessen beantworten.“ Technologische Möglichkeiten werden bewusst missbraucht, um arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Lücken auszunutzen. „Da das Arbeitsrecht die Unterlegenheit des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin gegenüber dem Arbeitgeber durch rechtliche Mindeststandards ausgleichen soll, muss der Gesetzgeber in vielen Bereichen tätig werden. Und auch die betriebliche Mitbestimmung muss an die veränderte Wirtschaft angepasst werden.“

Alle Infos zum Bundeskongress sowie das ÖGB-Grundsatzprogramm als Download:  
[www.bundeskongress.at](http://www.bundeskongress.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor  
[florian.kraeftner@oegb.at](mailto:florian.kraeftner@oegb.at)

oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# DER 19. ÖGB-BUNDESKONGRESS

## NACHBERICHT

**ÖGB**  
**FAIRE ARBEIT 4.0**

vernetzt denken, solidarisch handeln



Die Gewerkschaftsjugend nutzte die Rede von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein für eine Protestaktion. Sie brachten ihren Unmut über die Pläne der Ministerin zum Ausdruck, den Jugendvertrauensrat abzuschaffen.



„Alle, die von einem Arbeitgeber wirtschaftlich abhängig sind, müssen auch durch Arbeitsrecht und Kollektivverträge geschützt sein. Der Umgehung des Arbeitsrechts und der Scheinselbstständigkeit sagen wir den Kampf an.“  
Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB



„Noch nie gab es in der Zweiten Republik eine Regierung, die so klar und ungeniert eine Regierung der Industriebosse und ihrer Wünsche ist und so gar nichts für die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder der Sozialpartnerschaft übrighat.“  
Erich Foglar, Ehrenpräsident des ÖGB



„Die Solidarität des ÖGB mit Gewerkschaften, die für Frieden, Demokratie, ArbeitnehmerInnenrechte und Löhne sowie gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und sinnlose Privatisierungen eintreten, ist weltweit legendär.“  
Sharan Burrow, IGB-Generalsekretärin

## Man kann nicht alles wissen ...

**Businessseurope:** seit 1949 unter verschiedenen Namen tätiger europäischer Arbeitgeber- und Lobbyismusverband mit Sitz in Brüssel und 39 Mitgliedern aus 34 Staaten. 60 Arbeitsgruppen mit rund 1200 Fachleuten analysieren laufend EU-Programme und Gesetzesentwürfe. So etwa zählte Businessseurope zu den aktivsten TTIP-Unterstützern. (Seite 37)

**Crouch, Colin:** britischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1944; er wurde international bekannt mit seinem Werk „Postdemokratie“, in dem er unter anderem Wahlen eher als von Wirtschaftsbossen mit PR-Unterstützung veranstaltete Shows denn als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit bezeichnete. Aktuelle Werke: Der Kampf um die Globalisierung; Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Die bezifferte Welt: Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. (Postdemokratie III); Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit. (Seite 33)

**Delors, Jacques:** französischer SP-Politiker, geb. 1925; 1981–1984 Wirtschafts- und Finanzminister, 1985 bis 1995 Präsident der Europäischen Kommission. (Seite 4)

**Dritter Weg:** Bezeichnung für den Versuch einer Art modernisierter Sozialdemokratie, die zwischen neoliberalen Kapitalismus und klassischer Sozialdemokratie angelegt ist. (Seite 30)

**Europäische Arbeits(schutz)behörde:** Mit dem Ordnungsvorschlag zur Errichtung einer eigenen Europäischen Arbeitsbehörde (Labour Authority – ELA) will die EU-Kommission die Europäische Säule sozialer Rechte stärken. Die für 2019 geplante ELA soll dazu beitragen, bestehende arbeitsrechtliche Gesetze durchzusetzen sowie vor allem Lohn- und Sozialdumping effizient zu bekämpfen. (Seite 37)

**Europäische Körperschaftsteuer:** Mit einer Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) soll eine EU-weit einheitliche Berechnung der Steuerbasis von Unternehmen erreicht werden. Die GKKB, über die EU-weit seit Jahren heftig diskutiert wird, soll in zwei Stufen implementiert werden und verpflichtend für die größten Unternehmensgruppen in der EU sein. Damit soll Steuervermeidung multinationaler Konzerne bekämpft werden, und Unternehmen müssten sich nicht mehr mit unterschiedlichen nationalen Systemen auseinandersetzen. (Seite 23)

**Europäische Säule sozialer Rechte:** Im November 2017 wurde die Europäische Säule sozialer Rechte vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission proklamiert. Die Umsetzung der damit festgelegten Rechte und Grundsätze, mit deren Hilfe faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unterstützt werden sollen, obliegt nun den EU-Organen, Mitgliedsländern, Sozialpartnern etc. Die Säule umfasst drei Hauptkategorien: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang; faire Arbeitsbedingungen; Sozialschutz und soziale Inklusion. <https://ec.europa.eu/commissi->

[on/publications/european-pillar-social-rights-booklet\\_en](#) (Seite 4, 14)

**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA):** 1957 etablierte beratende Einrichtung (Nebenorgan) der EU, die sich als Sprachrohr der organisierten Zivilgesellschaft in Brüssel versteht. Der Ausschuss ist in drei Gruppen (Kurien) gegliedert: Arbeitgeber, ArbeitnehmerInnen, sonstige Interessensgruppen. Neben den klassischen Sozialpartnern sind damit auch andere gesellschaftliche Bereiche (z. B. Verbraucherschutz- und Umweltschutzorganisationen) im Ausschuss repräsentiert. Die 350 Mandatäre werden jeweils für fünf Jahre ernannt. [www.eesc.europa.eu/de](http://www.eesc.europa.eu/de) (Seite 13)

**GeneraldirektorIn:** Als Verwaltungseinheiten der Europäischen Kommission sind die EU-Generaldirektionen (GD, auch DG für Directorate General) im Prinzip mit nationalen Ministerien vergleichbar. Ihre Aufgabe ist es, Strategien, Rechtsvorschriften und Förderprogramme der EU zu entwickeln, umzusetzen und zu verwalten. Die einzelnen GDs sind jeweils EU-KommissarInnen zugeordnet, allerdings verfügen manche KommissarInnen über mehrere Generaldirektionen. An der Spitze steht als BehördenleiterIn jeweils ein/e GeneraldirektorIn. Im Rang den Generaldirektionen gleichgestellt sind auch einige Europäische Ämter (z. B. das Statistische Amt) und Dienste der Europäischen Kommission wie etwa der Übersetzungsdienst. (Seite 18)

**Goldene (Investitions-)Regel:** Auf die Ökonomie umgelegt, entspricht der alte Grundsatz der Ethik „Behandle andere so, wie du von Ihnen behandelt werden willst“ dem Prinzip, dass künftige Generationen nicht die Kosten für heutige Kredite tragen müssen. Konkreter formulierte Gordon Brown (1997–2007 britischer Schatzkanzler) diese Goldene Regel: Innerhalb eines Konjunkturzyklus (der sich über mehrere Jahre erstreckt) sollen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Schulden dürfen ausschließlich für Investitionen in öffentliche Projekte und nicht für laufende Kosten wie etwa Gehälter für Angestellte im öffentlichen Dienst gemacht werden. Im Falle von heute üblichen Schuldenbremsen u. Ä. wird die Neuverschuldung allerdings pauschal durch fixe Prozentsätze reguliert. (Seite 15)

**Konvergenz:** Annäherung, Übereinstimmung. (Seite 18)

**Kwaśniewski, Aleksander:** polnischer Politiker, geb. 1954; 1990 Mitbegründer der sozialdemokratischen SdRP, 1995–2005 Präsident der Dritten Polnischen Republik. Mit seinem Parteiaustritt 1995 erhob er den Anspruch, parteiübergreifend alle Polen zu vertreten. Ab 2007 engagierte sich Kwaśniewski aktiv als Vorsitzender des neuen linken Parteienbündnisses LiD – Linke und Demokraten. (Seite 33)

**Mindset:** Mentalität, Denkweise, Lebenseinstellung. (Seite 20)

**Pensionsautomatik:** Koppelung des gesetzlichen Pensionsalters bzw. der Pensionshöhe an die (steigende) Lebenserwartung. (Seite 21)

**Perzeption:** sinnliche Wahrnehmung ohne bewusstes Erfassen als erste Stufe der Erkenntnis. (Seite 20)

**Protektionismus:** Schutz der heimischen Produktion vor ausländischer Konkurrenz durch politische Maßnahmen. (Seite 4)

**Ständige Vertretung:** Die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, sozusagen die „EU-Botschaft“ Österreichs, ist die größte diplomatische Mission Österreichs weltweit; Leitung: Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter Nikolaus Marschik. Hier arbeiten EU-ExpertInnen aus allen Bundesministerien, der Verbindungsstelle der Bundesländer und VertreterInnen von Sozialpartnern, Industriellenvereinigungen, Nationalbank, Gemeindebund und Städtebund. Gesetzesvorschläge der EU-Kommission werden zuerst von den jeweils zuständigen ExpertInnen der 28 Ständigen Vertretungen („Ratsarbeitsgruppe“) und anschließend von den 28 EU-BotschafterInnen („Ausschuss der Ständigen Vertreter“) geprüft und diskutiert. Erst danach erfolgt die Entscheidung im zuständigen Rat (der EU-MinisterInnen). (Seite 16)

**Strukturausgaben/-gelder:** Die Strukturfonds sind Instrumente der europäischen Regionalpolitik mit dem Ziel, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken, vor allem indem Strukturgefälle zwischen einzelnen Regionen verringert werden und eine ausgewogene räumliche Entwicklung gefördert wird. Für Österreich sind neben den Agrarfonds vor allem der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) von Bedeutung. (Seite 22)

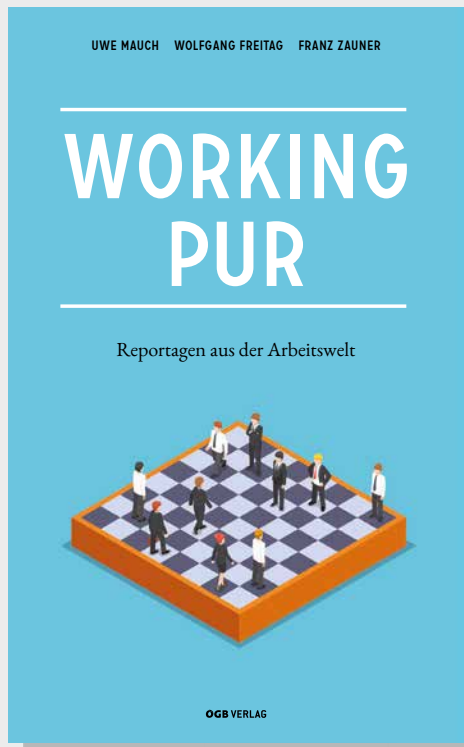
**Subsidiarität:** gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem Eigenverantwortung und Selbstbestimmung betont werden; übergeordnete Einheiten, wie z. B. der Staat, sollen nur solche Aufgaben übernehmen, zu denen untergeordnete Einheiten nicht fähig sind. (Seite 13)

**Transparenzregister:** Auf Grundlage eines internen Abkommens zwischen Europäischem Parlament und Kommission wurde 2011 ein freiwilliges Transparenz-Register eingeführt. Dadurch sollten Lobbying-Aktivitäten erfasst, kontrolliert und für die Allgemeinheit transparent gemacht werden. Durch die Freiwilligkeit ist das Register allerdings lückenhaft und die Ahndung von Verstößen gegen den vereinbarten Verhaltenskodex zahnlos. Die EU-Kommission möchte daher ein verbindliches Transparenzregister für Parlament, Rat und Kommission. (Seite 27)

**Verve:** Begeisterung, Schwung. (Seite 21)

**Visegrád-Gruppe:** In der ungarischen Stadt Visegrád wurde 1991, nach dem Ende des Ostblocks, ein Freihandelsabkommen zwischen Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei (jetzt Tschechien und Slowakei) abgeschlossen. Die Visegrád-Gruppe besitzt keine formale oder institutionelle Struktur, bemüht sich aber um den Austausch von Informationen und um die Koordination politischer Positionen. (Seite 32)





## Working pur Reportagen aus der Arbeitswelt

Uwe Mauch, Wolfgang Freitag, Franz Zauner

Studien und Berichte / ÖGB-Verlag 2018 / 264 Seiten / EUR 19,90  
ISBN 978-3-99046-308-6

Arbeiten 4.0. Viel wird derzeit über die rasanten Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt diskutiert. Der Druck auf jene, die (noch) beschäftigt sind, steigt in nahezu allen Branchen. Jahrhundertealte Berufsbilder lösen sich auf, Menschen werden durch Maschinen ersetzt, die Dividende ist oft die einzige Richtschnur, diktiert auch das Arbeitstempo. Die drei Journalisten Uwe Mauch, Wolfgang Freitag und Franz Zauner haben sich von ihren Schreibtischen entfernt, um sich in der modernen Arbeitswelt umzusehen und 16 Menschen in 16 unterschiedlichen Branchen an deren Arbeitsplätzen aufgesucht. In klassischer Reporter-Manier beschreibt das Autorenduo die konkret geleistete Arbeit, aber auch konkrete Hoffnungen und Sorgen, die damit verbunden sind.

### BESTELLEN

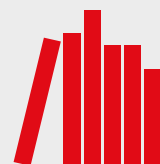
**VERSANDKOSTENFREI IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS**

[www.arbeit-recht-soziales.at](http://www.arbeit-recht-soziales.at) / [kontakt@arbeit-recht-soziales.at](mailto:kontakt@arbeit-recht-soziales.at)

**DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS**

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136





**NEIN zum  
12-STUNDEN-TAG**



# Ein klares Zeichen: Mehr als 100.000 TeilnehmerInnen!



Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns  
bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige  
Anschrift mit

AW

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank